



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

⇒ *nicht genehmigt*

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2021/3

Datum/Zeit	Donnerstag, 24. Juni 2021, 18:10 - 22:10 Uhr		
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen		
Vorsitz	Tanner Adrian (Grüne)		1
Mitglieder	Aeschbacher Sarah (SP)		
	Balmer Kathrin (SP)		
	Dähler Stefanie (SP)		
	Kistler Kerstin (SP)		
	Kuert Matthias (SP)	ab 18:50 Uhr	
	Nova Colette (SP)	ab 19:50 Uhr	
	Schnider-Müller Simone (SP)		
	Selmani Emsale (SP)	ab 18:30 Uhr	
	Thomann Thulani (SP)		
	Zeyer Priska (SP)		10
	Friedli Hans Peter (SVP)		
	Gränicher Adrian (SVP)		
	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)		
	Truog Markus (SVP)		
	Zaugg Gerhard (SVP)	bis 19:55 Uhr	5
	Luyet Cédric (glp)	ab 19:35 Uhr	
	Mink II Sandro (glp)	ab 18:25 Uhr	
	Tamàs Oliver (glp)		
	Toggwiler Denis (glp)		
	Wahli Alexander (glp)		
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)		6
	Feller Daniela (FDP)		
	Leiser Christoph (FDP)		
	Rickenbach Rolf (FDP)		3
	Fels Silvia (EVP)		
	Wagner Martina (EVP)		
	Zürcher Myriam (EVP)		3
	Bärtschi Mosimann Astrid (Die Mitte)		
	Löhrer Sandra (Die Mitte)		2
	Mahler Niels (Grüne)		
	Ananiadis Jorgo (Piraten)		
	Total anwesend		
	<u>32</u>		
Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)		
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara		

Protokollführerin	Flück Brigitte, stv. Ratssekretärin
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Buchter Yannick (SVP), Jordi Yves (Die Mitte), Marti Lara (SVP), Minka II Lucien (FDP), Rajaratnam Saibaven (SP), Wipfli Hans (SVP), Zeyer Christian (SP), Zivanovic Sandra (SVP) und Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv. Mitglieder GR: keine
Unentschuldigt	Mitglied GGR: keine

TRAKTANDEN

23.	Pendenzenliste "Grosser Gemeinderat"; Kenntnisnahme.....	81
24.	Büro des Grossen Gemeinderates; Ersatzwahl des 2. Vizepräsidiums.....	82
25.	Verwaltungsbericht 2020; Genehmigung.....	83
a)	Einfache, mündliche Anfrage von Thulani Thomann (SP) betreffend "Auto Boosting an der Bernstrasse" inkl. Beantwortung.....	86
26.	Jahresrechnung 2020; Genehmigung.....	87
27.	Gesamtplanung Schulanlage Mösl; Informationen zum Projektstand sowie Genehmigung Nachkredit.....	93
28.	(30.) Überparteiliche Motion betreffend externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen.....	98

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Juni 2021

29.	(32.) Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen; schriftlich Beantwortung.....	103
30.	(28.) Perimeter "Alpenstrasse": Ersatz, Sanierung und Erweiterung der Wasser- und Abwasserleitungen, Sanierung und Ersatz der Strassenentwässerung und Erneuerung der Strassenbeläge; Kreditabrechnung und Genehmigung Nachkredit.....	107
31.	(29.) Feuerwehr: Ersatzbeschaffung Pionierfahrzeug Feuerwehr; Kreditabrechnung.....	108
32.	(31.) Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden; Erheblicherklärung/Ablehnung.....	109
33.	Motion GLP/BDP-Fraktion betreffend angemessene Information des Parlaments zu den aktuellen verwaltungsinternen Problemen; Berichterstattung und Abschreibung.....	111
34.	Dringliche, überparteiliche Motion betreffend einen Beitrag leisten zur Linderung der Not in den Lagern der Geflüchteten; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung ein Postulat.....	112
35.	Motion glp-Fraktion betreffend "Quartiertreff-Planung"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	115
36.	Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; schriftliche Beantwortung.....	117
37.	Orientierungen des Gemeinderates	118
a)	Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; eingereicht 20.02.2020; verspätete Beantwortung	118

- b) Kooperation Ostermundigen Bern; Stand der Arbeiten..... 119
38. Überparteiliche Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum
in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang..... 121

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 3. Sitzung des Jahres 2021. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

1. Covid-19-Virus

- ① Im Tellsaal gilt eine generelle Maskenpflicht; auch auf den Sitzplätzen der Galerie. Einzig für die Sprechenden am Rednerpult gilt die Maskenpflicht nicht.

Dem vorgängig zugestellten und im TELL angeschlagenen „Sicherheits- und Schutzkonzept“ ist Folge zu leisten.

Die „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (inkl. Änderungen vom 31.5.2021) sind von allen Anwesenden einzuhalten.

- Abstand halten,
- Hygiene beachten,
- Masken tragen!

- ① „Rednerpult und Mikrofon“

Das Rednerpult ist neu mit einer Plexiglasscheibe zu den Sitzenden getrennt.

Das Rednerpult und das Mikrofon werden nach wie vor von allen Sprechenden eigenständig desinfiziert (Spray und Abwischpapier stehen zur Nutzung bereit)!

- ① „Kontaktdaten angeben und Tracing ermöglichen“

Sämtliche Zuschauerinnen und Zuschauer, Auskunftspersonen sowie die Medienschaffenden sind aufgefordert, sich auf der Liste „Kontaktdaten“ einzutragen.

- ① Auf der Galerie dürfen mit genügend Abstand maximal 50 Personen anwesend sein.
- ① Herr Roland Stebler, Polizeiinspektor Öffentliche Sicherheit, hilft uns bei der Umsetzung des Sicherheitskonzepts resp. „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (inkl. Änderungen vom 31.5.2021). Besten Dank für die Mithilfe.
- ① Parlamentarische Vorstösse sind beim Saaleingang - am gekennzeichneten Tisch - zur Unterschrift aufzulegen und vor Sitzungsende dem Ratspräsidenten zum Verlesen abzugeben.

Die parlamentarischen Vorstösse sind ausserdem dem Ratssekretär in elektronischer Form (Worddatei) zur Weiterbearbeitung zuzustellen.

- 2. Anstelle von Christian Streule (SVP) nimmt neu Hans-Rudolf Hausammann an den GGR-Sitzungen teil.
- 3. Ich verlese die eingegangenen Entschuldigungen. Von Seiten GGR sind entschuldigt: Buchter Yannick, Jordi Yves, Marti Lara Larissa, Minka Il Lucien, Rajaratnam Saibavan, Wipfli Hans, Zivanovic Sandra und Kumli Jürg, Ratssekretär
- 4. Ich bitte um Namensaufruf durch die stellvertretende Ratssekretärin:

Es sind zurzeit **26 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat (GGR) ist beschlussfähig.

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Juni 2021

5. Da der Stimmzähler Rajaratnam Saibavan (SP) heute Abend abwesend ist, hat das Parlament einen Ersatzstimmzähler zu wählen.

A b s t i m m u n g

Auf Vorschlag der SP/Gewerkschaften-Fraktion wird Thulani Thomann einstimmig als interimsistischer Stimmzähler gewählt.

6. Lara Marti (SVP, 2. Vizepräsidentin) und Saibavan Rajaratnam (SP, Stimmzähler) haben ihre Demissionen per Ende August 2021 eingereicht.
7. Auf den Tischen liegen auf:
 - Flyer des Gemeindeverbandes ARA Worblental «Kein Abfall ins Abwasser»
 - Einladung zu Anlass vom 16. September 2021 (bereits allen als E-Mail zugestellt).
8. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen zu den Traktanden Nr. 30 - 12 die Herren Schneeberger und Ehrensberger, Büro pwc, an der heutigen Sitzung teil.
9. Die nächste GGR-Sitzung findet am **23. September 2021** statt.
10. Am 23. März 2021 habe ich von Frau Hanni Hug, ökumenische Flüchtlingsgruppe, einen Brief erhalten. Der GGR und die Gemeinde Ostermundigen wurden im Brief darüber informiert, dass sich die ökumenische Flüchtlingsgruppe auflöst. Die Gruppe hat über 20 Jahre lang Sprachkurse in ehrenamtlicher Form angeboten. Die Kirchgemeinden von Ostermundigen haben das Angebot mit dem zur Verfügung stellen von Räumlichkeiten unterstützt. Die Gemeinde Ostermundigen hat jeweils am Herbstmärit die Standkosten übernommen. Leider sind die Ressourcen der Flüchtlingsgruppe immer kleiner geworden. Im Zusammenhang mit der Corona Pandemie hat sich die Gruppe dazu entschlossen, ihr Angebot zu sistieren.

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Traktandenliste wurde allen zugestellt. Ich darf anmerken:

Traktandum Nr. 37 - Orientierungen des Gemeinderates

- b. Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; eingereicht 20.02.2020; verspätete Beantwortung
Sprecherin: M. Weber Hadorn
- c. Kooperation Ostermundigen Bern; Stand der Arbeiten
Sprecher: T. Iten

Liegen weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

Priska Zeyer (SP): Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion stellen einen Ordnungsantrag:

Die Traktanden Nr. 30 bis 32 sind zu verschieben bis Colette Nova (SP) anwesend ist.

Sie ist geschäftlich unterwegs und wird erst um ca. 20 Uhr eintreffen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Wir werden die Geschäfte fortlaufend beraten und nach dem Eintreffen von Colette Nova die Traktanden 30 bis 32 beraten. Als dann können die Herren Schneeberger und Ehrensberger als Auskunftspersonen die Sitzung wieder verlassen.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Liegen weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste vor?

B e s c h l u s s

Die Traktandenliste Nr. 3 wird einstimmig genehmigt.

10.3.01 Allgemeines

23. Pendenzenliste "Grosser Gemeinderat"; Kenntnisnahme

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert.

Ab der nächsten Sitzung wird dieses Geschäft nicht mehr auf der Traktandenliste aufgeführt. Ist jemand gegen meinen präsidialen Entscheid? Dann ist mir dies bis nach den Sommerferien zu melden.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 25 zu 0 Stimmen den folgenden

Beschluss

Die „Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates“ (Infostand 20. Mai 2021) wird zur Kenntnis genommen.

o = offen, e = erledigt, ne = offen, sollte erledigt sein

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- ständig	Kommentar	Sta- tus
2103	<i>Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti</i>	<i>25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19</i>	<i>31.05.17</i>	<i>ÖS</i>	<i>Abschreibung abgelehnt</i>	<i>ne</i>
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18	31.12.21	PRA	Raumentwicklungswegweiser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch); RES im Mitwirkungsverfahren	e
3527	Informations- + Koordinationsstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projekt-evaluation abgeben	o
2545	Schulraumplanung; Gesamtprojektplan; Genehmigung	20.02.20	30.11.21	HB/BKS	Bei jedem Kreditantrag Info über den "Stand des Gesamtprojektplans" abgeben	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR-Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung	17.12.20	31.12.24	PRA	Nur noch ein "Beschlussprotokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei aufschalten (rechtliche Anpassungen vornehmen!)	o

10.6.11 Parlamentarische Kommissionen (GPK, Büro GGR etc.)

24. Büro des Grossen Gemeinderates; Ersatzwahl des 2. Vizepräsidentiums

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert.

Hans Peter Friedli (SVP): Ich brauche unseren personellen Vorschlag, Hans Rudolf Hausammann, nicht näher vorzustellen. Er war bereits in der letzten Legislatur Mitglied des Grossen Gemeinderates.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Auf Vorschlag der SVP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s

Auf Vorschlag der SVP-Fraktion wird Hans-Rudolf Hausammann (SVP) ab 1. September 2021 bis 31. Dezember 2021 als 2. Vizepräsident in das „Büro des Grossen Gemeinderates“ gewählt.

----- A p p l a u s -----

1)

¹ 18:25 Uhr: Sandro Minka II (gfp) und Emsale Selmani (SP) treten der Sitzung bei. Somit sind **28 Ratsmitglieder** anwesend.

25. Verwaltungsbericht 2020; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Daniela Feller (FDP): Wir von der FDP. Die Liberalen-Fraktion möchten den Verwaltungsbericht 2020 danken. Besten Dank für die Erledigung der im Verwaltungsbericht vorgestellten Arbeiten. Auch im Corona Jahr 2020 wurden immense Arbeitsleistungen vollbracht.

- Auffällig im Verwaltungsbericht wird erwähnt, dass die Bevölkerung musikalischer geworden ist (siehe Anmeldungen in der Musikschule).
- Interessant für mich als Notarin: Die Gemeinde Ostermundigen hat zwei Grundstücke neu erworben.
- Die amtlichen Werte wurden gleichzeitig von 2,375 auf 3,125 Milliarden Franken erhöht (im Zusammenhang mit der neuen kantonalen amtlichen Bewertung). Den 1'299 Leuchten und 362 Hydranten wird dies bestimmt gefallen.
- Erstaunt haben mich die Kehrgebühren: Im Jahre 2020 wurde weniger Papier und Karton entsorgt. Wurde das Papier/Karton heimlich verbrannt? Das WC-Papier wurde während dem Corona Jahr mit Hamsterkäufen überrannt.
- Wir sind immer noch bei 355 kg pro Person und Jahr.
- Auf der Gemeindehomepage können die Zahlen bis ins Jahr 2009 nachverfolgt werden.

Sandra Löhner-Marti (Die Mitte): Auch die Mitte-Fraktion dankt den Verwaltungsbericht 2020. Das Ausmass ist gelungen und die Abteilungsberichte sind durchwegs informativ. Auch ich lese gerne die allgemeinen Zahlen.

Wir sind mit den geplanten Abschreibungen der politischen Vorstösse einverstanden. Erstaunlicher Weise ist die semistationäre Radaranlage bei der Schule Rütli nicht inbegriffen.

Ich persönlich habe mich über das Bild auf der Frontseite sehr gefreut. Es widerspiegelt die rege Bautätigkeit in der Gemeinde Ostermundigen.

Myriam Zürcher (EVP): Im Namen der EVP-Fraktion möchte ich mich für den gut lesbaren und aufschlussreichen Verwaltungsbericht bedanken.

Wir sind klare Befürworter der Erzeugung von erneuerbaren Energien und finden die bestehenden Installationen von Photovoltaik-Anlagen auf den Kindergärten eine sehr gute Lösung. Gerne würden wir aber noch wissen, wie viel vom gesamten Strombedarf von den Kindergärten und den Schulhäusern mit diesem Strom aus den Photovoltaikanlagen abgedeckt werden kann? Gibt es da bereits Angaben? Wenn nein, wann sind diese zu erwarten? Produzieren diese Anlagen eventuell über den Bedarf der Kindergärten und Schulanlagen hinaus Strom, welcher verkauft werden könnte?

Zudem ist es uns ein Anliegen, dass das Thema "Velo" in unserer Gemeinde wieder eine höhere Priorität erhält.

Auch wenn realistisch gesehen nicht alles rosig ist, können wir dennoch glücklich sein, in Ostermundigen zu wohnen.

Emsale Selmani (SP): Besten Dank für den spannenden und ausführlichen Verwaltungsbericht 2020. Auf der Seite 26 bin ich "stutzig" geworden:

Als Reinigungspersonal sind 48 Personen im Stundenlohn angestellt, während nur 8 Personen im Monatslohn angestellt sind. D. h. für die im Stundenlohnangestellten keine Garantie für eine monatliche Mindestarbeitszeit und somit auch einen unregelmässigen Lohnbezug. Für mich ist unerklärlich, wieso der Gemeinderat 86 Prozent des Reinigungspersonals im Stundenlohn anstellt. Ich wäre froh für eine kurze Erklärung.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Ich möchte eine Anmerkung zum Geschäftsablauf anbringen:

- ① Zuerst müssen wir über die Botschaft diskutieren. Erst im Anschluss wird der Verwaltungsbericht im Detail besprochen.

Die glp-Fraktion möchte den umfangreichen Verwaltungsbericht ebenfalls verdanken. Wir können sowohl der gemeinderätlichen Botschaft wie auch dem Verwaltungsbericht 2020 zustimmen.

Hans Rudolf Hausammann (SVP): Ich möchte mich allen kurz vorstellen. Ich bin der Nachfolger von Christian Streule, welcher per Ende Mai 2021 demissioniert hat. Ich war bereits während 12 Jahren Ratsmitglied. Ich freue mich sehr, wieder im GGR Einsitz nehmen zu dürfen.

- ① Zum Verwaltungsbericht

Die SVP-Fraktion hat Freude am vorliegenden Verwaltungsbericht 2020. Ich möchte keine Diskussionsführung. Wir bedanken uns für die letztjährigen Arbeiten der Verwaltung. Wir werden dem Verwaltungsbericht zustimmen.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Besten Dank für die Rückmeldungen zum Verwaltungsbericht. Für alle liegt ein spezielles Jahr hinter uns. Fast die Hälfte der Verwaltungsmitarbeitenden konnte nicht mit "Home-Office" beschäftigt werden und war somit jeden Arbeitstag vor Ort.

- ① Zur Frage von Emsale Selmani (SP) betreffend "Stundenlohnangestellte"

Wir müssen unterscheiden, dass in den erwähnten 86 Prozent ebenfalls Studentinnen und Studenten sowie Schülerinnen und Schüler enthalten sind, welche bei der jährlichen Schulhausreinigungen mitarbeiten. Des Weiteren haben wir sehr viele kleine Pensen, d. h. Reinigungsarbeiten von zwei Stunden pro Woche. Diese kleinen Pensen können nicht mittels Monatslohns entschädigt werden.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass diesbezüglich (mittels neuen Hauswartskonzept) Verbesserungen an die Hand genommen werden müssen. Der Anteil der Stundenlohnangestellten soll gesenkt werden.

Priska Zeyer (SP): Ich habe eine formelle Frage:

Über die unerledigten Motionen und Postulate wurde in den letzten Jahren vom Gemeinderat im Einzelnen informiert. Erst danach wird über deren Abschreibung entschieden. Die Abstimmung hat über die Beschlussesziffern 1 und 2 einzeln zu erfolgen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Möchte sich jemand zu den zur Abschreibung vorliegenden Motionen und Postulate noch äussern?

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich möchte noch eine Anmerkung zur "Fotovoltaik Anlage" anbringen:

Bei der Schule Mösli werden wir eine Kostenschätzung für die Fotovoltaik Anlage einfordern. Wann die Kostenofferte vorliegt, kann ich heute nicht mitteilen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen zur Botschaft im Allgemeinen und zum Verwaltungsbericht 2020 mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 27 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2020 wird genehmigt.
2. Gestützt auf den Bericht über den Stand der unerledigten Motionen und Postulate per 31. Dezember 2020 und aufgrund von Artikel 53 Absätze 8 und 9 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 26. Oktober 2000 werden folgende parlamentarische Vorstösse als erledigt abgeschrieben:
 - a. Motion N. Riesen (SP) + Mitunterzeichnende betreffend Monitoring zur Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Mitarbeit interkommunalen Organisationen
 - b. Überparteilich Motion betreffend Änderung des Reglements über die ständigen Kommissionen
 - c. Überparteilich Motion betreffend für eine zukunftsfähige Gemeinde
 - d. Überparteilich Motion betreffend Schliessung des BLS-Reisecentrums Ostermundigen
 - e. Überparteilich Motion betreffend in zukünftigen Finanzplänen ist die Spezialfinanzierung „Mehrwertabschöpfung“ transparent darzustellen
 - f. Postulate FDP.Die Liberalen/FORUM-Fraktion betreffend Zusammenarbeit über die Gemeindegrenze hinaus

10.3.75 Einfache Anfrage

a) Einfache, mündliche Anfrage von Thulani Thomann (SP) betreffend "Auto Boosting an der Bernstrasse" inkl. Beantwortung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Aufgrund von Artikel 55 Gemeindeordnung des GGR kann eine einfache Anfrage schriftlich oder mündlich eingereicht werden.

Thulani Thomann (SP): Meine einfache Anfrage geht dahingehend, dass wir uns während den Sommertagen vermehrt im Freien aufhalten. Entlang der Bernstrasse muss ein unerträgliches Mass an "Auto Boosting" festgestellt werden.

- Können diese lästigen Lärmemissionen nicht unterbunden werden?
- Welche Vorkehrungen sieht der Gemeinderat diesbezüglich vor?

Besten Dank für die Beantwortung meiner einfachen Anfrage.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Fragen wurden vorgängig mit der zuständigen Gemeinderätin abgesprochen.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Ich nehme die Fragen entgegen. Letzte Woche hat die Kommission für öffentliche Sicherheit getagt. Wir sind aktiv geworden und haben zusammen mit der Kantonspolizei die Situation geprüft. Der Verkehr hat nach dem Lockdown wieder stark zugenommen und damit auch die Lärmemissionen mittels „Auto Boosting“. Die Kantonspolizei hat ihre Kontrollfunktionen wieder aufgenommen. Mittels "Lärmblitzer" können die Fehlbaren in einem Pilotversuch ermittelt werden. Über die Resultate der laufenden Kontrollen darf ich aus Datenschutzgründen nicht explizit informieren.

Im eidgenössischen Parlament wurde über die lärmverursachende Situation bereits diskutiert. Zurzeit werden die notwendigen Rechtsgrundlagen erstellt. Die technischen Voraussetzungen sind noch nicht so weit fortgeschritten, um zählbare Resultate erwirken zu können.

Thulani, habe ich deine einfache Anfrage beantworten können?

Thulani Thomann (SP): Bejaht diese Anfrage mit Kopfnicken.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Besten Dank für die Beantwortung. Eine Diskussion ist nicht vorgesehen. Wir fahren mit den Geschäften gemäss Traktandenliste fort.

B e s c h l u s s

Die mündliche, einfache Anfrage von Thulani Thomann (SP) betreffend "Auto Boosting an der Bernstrasse" wird beantwortet.

26. Jahresrechnung 2020; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Zuerst möchte sich der Departementsvorsteher Finanzen/Steuern zum Rechnungsabschluss 2020 äussern.

2)

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ich möchte noch einige Anmerkungen zu den umfangreichen, abgegebenen Unterlagen anbringen. Die Gedanken des Gesamtgemeinderates zum Rechnungsabschluss 2020 sind die Folgenden:

- Die Jahresrechnung 2020 der Gemeinde Ostermundigen (Gesamthaushalt) schliesst mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1'041'503 ab.
- Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von CHF 3'557'194. Das Budget wurde somit um CHF 4'598'697 übertroffen.
- Der Gesamthaushalt setzt sich aus dem Allgemeinen Haushalt, der durch Steuereinnahmen finanziert wird, und den gebührenabhängigen Spezialfinanzierungen zusammen.
- Der Allgemeine Haushalt schliesst ausgeglichen ab. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von CHF 3'867'649. Die wichtigsten Gründe für dieses Ergebnis sind tiefere Personalkosten (CHF 2.0 Mio.), Einsparungen beim Sach- und Betriebsaufwand (CHF 1.0 Mio.) und die Auflösung von Reserven gemäss den kantonalen Vorgaben (CHF 1.0 Mio.).
- Die Spezialfinanzierungen (Feuerwehr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbewirtschaftung) tragen mit einem Überschuss von CHF 1'041'503 zum Gesamtergebnis bei.

① Fazit

Wir dürfen uns vom guten Ergebnis 2020 nicht blenden lassen.

① CORONA KRISE UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE GEMEINDEFINANZEN

Die Corona Krise macht sich auch an den Finanzen bemerkbar. Die Folgen der Pandemie führen zu Mehrkosten von CHF 400'000. Der Lockdown vom 16. März 2020 stellte auch für den Gemeinderat eine starke Zäsur mit einer Vielzahl von neu zu treffenden Entscheiden dar.

Kurzfristig sind die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie gut überschaubar.

Allerdings: Die Ausgangslage wird die nächsten Jahre klar schwieriger, so müssen wir mit tieferen Steuereinnahmen (und höheren Lastenausgleichen) rechnen. Das ist natürlich unerfreulich. Andererseits dürfte die Corona Krise bei der Schweiz. Nationalbank die Politik „des billigen Geldes“ eher befördern, was Ostermundigen in Anbetracht der künftigen Investitionsvorhaben durchaus entgegenkommt. Die Gemeinde Ostermundigen leidet aber immer noch unter einem strukturellen Defizit. Wir werden genau verfolgen, wie sich die Situation entwickelt. Dank der soliden Eigenkapitalbasis bleibt für Ostermundigen der Handlungsspielraum jedoch auch in einer Krise intakt.

Ostermundigen ist kontinuierlich am Wachsen, die steigenden Anforderungen bewältigt das Gemeindepersonal kostenbewusst und in sehr guter Qualität.

² 18:50 Uhr: Matthias Kuert (SP) tritt der Sitzung bei. Es sind **29 Ratsmitglieder** anwesend.

Diese Dienstleistungen kosten aber auch, ebenso wie die Investitionen, die durch das Wachstum nötig werden.

Wir müssen also weiterhin mit Vorsicht Ausgaben planen. Ostermundigen steht besser da als auch schon, aber nur wenn wir mit der vorsichtigen Finanzpolitik weitermachen, können wir uns weiter verbessern.

Der Gemeinderat empfiehlt, die vorliegende, revidierte Rechnung 2020 wie beantragt zu genehmigen.

Heute Abend nimmt der neue Finanzverwalter, Thomas Lauener, zum ersten Mal an der GGR-Sitzung teil. Er steht dem Rat für Fragen und Auskünfte zur Verfügung.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Somit ist die Diskussion eröffnet. Gibt es Wortmeldungen?

Kathrin Balmer (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion hat den Rechnungsabschluss diskutiert. Wir haben die Berichterstattung in der Presse ebenfalls wahrgenommen. Wir sind irritiert und ich habe eine Frage an den Departementsvorsteher Finanzen/Steuern.

Wir haben ein strukturelles Defizit und müssen mit sinkenden Steuereinnahmen rechnen. Das Ganze ist nicht nachhaltig. Wir können wichtige Stellen nicht besetzen. Dieser Sachverhalt stimmt nicht mit der Medienmitteilung überein. In den Zeitungen ist vermerkt:

- Alles ist wunderbar;
- Ostermundigen steht viel besser da als in den Vorjahren;
- 1 Million wurde aus den Reserven genommen (ist gesetzlich vorgeschrieben).

Etwas stimmt nicht und ist irreführend. Der Rechnungsabschluss wird schönfärberisch dargestellt. Die Aussagen heute Abend im Parlament und in der Presse stimmen nicht überein! Bei der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion ist der Eindruck entstanden, dass die Fusion mit der Stadt Bern sabotiert werden soll.

- Erich, wieso stimmen die Aussagen nicht überein?

Silva Fels (EVP): Als EVP-Fraktion möchten wir uns zuerst bei der Verwaltung bedanken. Alle Mitarbeitenden haben mit vereinten Kräften dafür gesorgt, dass trotz der schwierigen Situation in der Abteilung professionell weitergearbeitet wurde. Wir sind auch dankbar, dass jetzt für alle wieder etwas Normalität eingekehrt ist und dass zusammen mit dem neuen Finanzverwalter ein gutes Team gebildet werden kann.

Gerade aus der Jahresrechnung kann man gut ersehen, dass es nicht selbstverständlich ist, dass kompetente Leute für unsere Abteilungen gefunden werden. Viele Stellen bleiben offen und es gibt viel zu wenig Fachpersonal, so dass wir immer wieder auf externe Leistungen angewiesen sind. Auch werden die Aufgaben immer komplexer und das bedingt wiederum, dass wir darauf angewiesen sind, externe Fachspezialistinnen und -spezialisten hinzuzuziehen (jüngstes Beispiel Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen). Was dann natürlich wieder mehr kostet.

Genau diese Personalsituation hat uns aber auch eine Verbesserung der Finanzsituation gebracht. Die vakanten Stellen konnten nicht wiederbesetzt werden, heisst es in der Botschaft. Wir alle wissen, dass das so nicht praktiziert werden sollte, weil es immer auf Kosten der anderen Mitarbeitenden geht, wenn wichtige Stellen nicht besetzt werden. In diesem Fall hat es uns beim Sparen geholfen. Dann wurde Verwaltungs- und Betriebspersonal in einer tieferen Lohnklasse angestellt als das vorgängige.

Auch die Corona-Situation hat uns beim Sparen geholfen: keine Weiterbildungen, keine Veranstaltungen, weniger Drucksachen und Publikationen. Und die Spezialfinanzierungen schliessen auch alle sehr gut ab.

Als EVP-Fraktion freuen wir uns trotz der etwas "geschminkten Zahlen", dass der Allgemeine Haushalt ausgeglichen ausfällt. So können wir einer Steuererhöhung, die in der Corona Zeit sicher nicht angebracht wäre, aus dem Weg gehen. Wir haben etwas Luft, um weiterzuarbeiten und alles daran zu setzen, dass unsere Gemeinde in einem festlichen Gewand dasteht, wenn eine Fusion mit Bern zustande kommen sollte. Und wenn es zu keiner Fusion kommt, können wir trotzdem auf eigenen Beinen stehen und in einer hoffentlich gesunden Gemeinde leben und arbeiten.

Die EVP-Fraktion wird die Jahresrechnung 2020 genehmigen.

Oliver Tamàs (glp): Die glp-Fraktion dankt für den ausführlichen und transparenten Bericht zur Jahresrechnung 2020. Wir sind erfreut über das klar bessere Ergebnis im Allgemeinen Haushalt um CHF 3.9 Mio. als budgetiert.

Wir konnten bereits in den letzten Jahren feststellen, dass die Budgetgenauigkeit sehr ungenügend ist. Deshalb haben wir in unserer Betrachtung das Budget mal auf der Seite gelassen und uns auf den Vergleich mit dem Vorjahr 2019 konzentriert und hier nur auf den allgemeinen Haushalt.

Hier fällt auf, dass wir beim operativen Ergebnis eine Verschlechterung des Jahresergebnis von CHF 6.6 Mio. haben (siehe Seite 15). Woher kommt dieser grosse Unterschied?

Fiskalertrag juristische Personen: - CHF 5.6 Mio. (Seite 138)

Ohne diesen grossen Abweicher hätten wir also wieder dasselbe Ergebnis wie 2019 gehabt.

① Fazit

Wir haben also weiterhin ein strukturelles Defizit. Aus unserer Sicht nicht allzu dramatisch und dank regelmässigen ausserordentlichen Erträgen schaut manchmal sogar ein Gewinn heraus.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Die Mitte-Fraktion wird die vorliegende Jahresrechnung 2020 genehmigen. Zu einigen Punkten möchten wir noch zusätzliche Auskünfte in Erfahrung bringen.

Auch ich war erstaunt über die Medienberichterstattung; es hat super getönt.

① Positive Anmerkungen

Die Finanzkommission hat des Öfteren den Wunsch geäussert, dass die Abweichungen zwischen Budget und Rechnung besser erklärt werden. Wir sind der Auffassung, dass diese Aufgabe zufriedenstellend erledigt worden ist - besten Dank.

Unsere Fragen:

1. Der Ertragsüberschuss von CHF 1.04 Mio. hat uns erstaunt. Im Allgemeinen Haushalt wurden Reserven von CHF 1.3 Mio. aufgelöst. Diese Berichterstattung sendet ein falsches Signal aus. Der Gewinn basiert auf einer Auflösung von Reserven.
2. Beim Personalaufwand wurden CHF 226'000 aus Sozialversicherungsrückstellungen vereinnahmt. Hätte dieser Betrag nicht im Vorjahr abgegrenzt werden sollen?
3. Gemäss Geldflussrechnung benötigen wir pro Jahr CHF 5 Mio.. Wir sind also noch rund vier Jahre liquid. Was passiert danach resp. welcher Plan hat der Gemeinderat? Liegt die Finanzstrategie im Herbst 2021 zur Genehmigung vor?

Christoph Leiser (FDP): Vorab: die FDP. Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und genehmigt somit die Jahresrechnung 2020 und die entsprechenden Nachkredite.

Die FDP-Fraktion dankt allen mit der Erstellung der Jahresrechnung involvierten natürlichen und juristischen Personen.

Wie jedes Jahr wird dem GGR die Abrechnung über gehabte Freuden, Leiden, Glücks- und Unglücksfälle des Vorjahres vorgelegt. Das nackte Ergebnis wurde von der Vorrednerschaft bereits kommentiert, zerzaust und in den richtigen Kontext gerückt, eine Wiederholung erübrigt sich.

Es bleibt aber festzuhalten:

- über allem schwebt unbestrittenermassen die leidige Corona-Situation;
- ungeschminkt bleibt das strukturelle Defizit der Gemeinde offensichtlich; anlässlich der kommenden Sitzungen werden somit wiederum parteifarbige Lösungsmöglichkeiten präsentiert werden, das ist aber Zukunftsmusik und nicht Thema des Abends;
- nach wie vor schlingert der "Mundiger-Finanzkahn" in stürmischer Finanzsee geschüttelt und gerüttelt umher, zum „Glück“ findet sich unterwegs aber offenbar immer wieder ein unerwarteter Finanzreserve-Hafen;
- alle Abteilungen haben das ihnen gesetzte Budget unterschritten, einige Begründungen dazu finden sich in den Erläuterungen zur Jahresrechnung und lassen aufhorchen (Hochbau), die Interpretationen fliessen sicherlich in künftige Budgetdebatten ein;
- die Steuereinnahmen liegen klar unter Budget (Corona lässt grüssen), im Vergleich zum Vorjahr fallen sie bei den natürlichen Personen zwar höher aus, die in Aussicht gestellte Trendwende ist aber leider nach wie vor nicht ersichtlich.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die interessanten Voten und Fragestellungen. Ich versuche diese nun zu beantworten.

- ① Die Fragen von Kathrin Balmer (SP): positive Berichterstattung in den Printmedien

Die Medienorientierung wurde allen Parlamentsmitgliedern zugestellt. An der Pressekonferenz wurde ein Foliensatz abgegeben (inkl. Parteipräsidien). Die Rechnung schliesst in der Tat besser ab als erwartet. Ich konnte den Bericht der Medien nicht gegenlesen. Eine Schönfärberei resp. eine Torpedierung des Fusionsprozesses steht nicht im Raum. Der Gemeinderat hat objektiv über die Jahresrechnung informiert!

- ① Die Frage von Silvia Fels (EVP) ist beantwortet.

- ① Grosse Abweichungen bei den juristischen Personen

Die CHF 0.5 Mio. weniger Einnahmen wurden bereits im letzten Jahr so kommuniziert. Der Sonderertrag wurde von rückwirkenden definitiven Veranlagungen einer juristischen Person gebildet. Dieser Sonderertrag konnte nicht ein zweites Mal verbucht werden. Die natürlichen Personen lassen rund CHF 1 Mio. an Mehrerträgen verbuchen.

- ① Frage Astrid Bärtschi (Die Mitte)

Die Rückerstattung im Sozialbereich kann nur schwer erklärt werden. Dem Gemeinderat war nicht genau bekannt, wann die Rückerstattung erfolgt.

Thomas Lauener wird die Frage noch ergänzen.

Die CHF 5 Mio. Darlehensrückzahlungen wurden aufgrund der Liquiditätsplanung vorgenommen. Mit der Problematik der Negativzinsen macht es wenig Sinn, zu viele flüssige Mittel auf unseren Konten zu hüten. Der Liquiditätsplan funktioniert und kann in der GGR-Botschaft nachgelesen werden. Dem Gemeinderat sind die Auslösungen von Zahlungen bekannt.

- ① Frage zur "Finanzstrategie"

Dieser Prozess hat sich verzögert. Das komplexe Thema ist in Bearbeitung. Ziel ist es, die Finanzstrategie im Oktober 2021 dem Parlament vorstellen zu können.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die rund CHF 200'000 an Rückerstattungen sind Krankentaggelder, welche von den Versicherungen rückvergütet wurden. Eine periodengerechte Abgrenzung wird nach dem Vorsichtsprinzip erst beim Eintreffen des Betrages vorgenommen. Zum Teil wurden Frankenbeträge aus dem Jahre 2019 noch im Jahr 2020 verbucht. Schwierige Krankheitsverläufe von Mitarbeitenden haben zu diesem Sachverhalt geführt. Hier handelt es sich um eine "Sonderposition" in der Jahresrechnung. Mit diesem Geld mussten jedoch zum Teil auch Ersatzpersonen finanziert werden.

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Thomas Lauener: Noch eine Anmerkung zur Frage "Positives Ergebnis mit der Auflösung von Reserven":

Diese Eigenheit obliegt den Gemeinderechnungen nach HRM2. Wir müssen unterscheiden zwischen Allgemeinem Haushalt (wird durch Steuergelder finanziert) und den Spezialfinanzierungen. Die Spezialfinanzierungen müssen gemäss HRM2 selbsttragend sein. Die Aufwendungen der Gemeinde Ostermundigen werden über die Gebühren finanziert. Hier liegt ein Überschuss vor. Der Allgemeinde Haushalt weist jedoch ein Defizit aus (siehe Seite 5 der Botschaft) von CHF 1.026 Mio. aus. Für dieses Defizit müssen die Reserven aufgelöst werden.

Priska Zeyer (SP): Die ausgewiesenen Zahlen sind bestimmt korrekt und es soll nicht der Eindruck entstehen, dass wir heute Abend die Verwaltung anschwärzen wollen.

Wir sind jedoch der Auffassung, dass die Bevölkerung richtig informiert werden muss. Der Bericht in der "Berner Zeitung" war eine Schönfärberei. Das Wort "Defizit" wurde nicht erwähnt. Die Bevölkerung hat das Anrecht, korrekt über den Stand der Gemeindefinanzen informiert zu werden!

In den sozialen Medien wurde alles "Super Gut" dargestellt. Das stimmt nicht - unsere Finanzlage ist nach wie vor angespannt. Die Auflösung von Reserven ist korrekt verlaufen. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass wir in vier Jahren keine Reserven mehr zur Verfügung haben werden. Dieser Missstand muss ebenfalls in den Medien abgebildet werden.

Kathrin Balmer (SP): Als Mitglied der Finanzkommission möchte ich noch erwähnen, dass uns heute Abend versprochen wurde, die Finanzstrategie im Oktober 2021 dem Parlament offen zu legen.

Auch diese Aussage des Departementsvorstehers Finanzen/Steuern ist schönfärberisch. Seit Monaten hat die Finanzkommission den Gemeinderat darum gebeten, dass ein Zeitplan vorgelegt wird. Auch den Einbezug der Finanzkommission wurde verschleppt. Der Einbezug der Finanzkommission funktioniert noch heute nicht. Eine Delegation der Finanzkommission soll zusammen mit der AG Finanzen und dem Gemeinderat die Lage diskutieren. Ein miliztauglicher Sitzungstermin konnte bis heute nicht gefunden werden. Die Umsetzung steht nach wie vor in der Schwebe.

Wir sind gespannt, ob die Finanzstrategie im Oktober 2021 tatsächlich vorliegt und vom GGR behandelt werden kann.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 28 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Jahresrechnung 2020 wird genehmigt.
2. Die Nachkredite in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates von CHF 127'715.45 werden genehmigt.

30.4.22 Schulhaus Mösli

27. Gesamtplanung Schulanlage Mösli; Informationen zum Projektstand sowie Genehmigung Nachkredit

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Martina Wagner (EVP): Ich habe aus Sicht der EVP zu den beiden Punkten noch je eine Frage.

Punkt 1: Weswegen muss mit den Ausschreibungen schon jetzt begonnen werden, obwohl die Bevölkerung von Ostermundigen noch gar nicht Ja gesagt hat zu dem ganzen Projekt? Klar kann davon ausgegangen werden, dass dieses Geschäft durchkommt, aber es ist halt noch nicht definitiv. Und ob jetzt das Schulhausprovisorium ein halbes Jahr länger genutzt wird, spielt in unseren Augen keine grosse Rolle.

Punkt 2: Müssen die Pavillons auf Grund von neuen Richtlinien Erdbeben-tüchtig gemacht werden oder altershalber? Oder ist dies ein Punkt, der nicht sofort notwendig ist sondern einfach praktisch, dies auch noch in dieses Projekt rein zu nehmen?

Vielen Dank fürs Anhören und Beantworten unserer Fragen.

Alexander Wahli (glp): Die glp Ostermundigen verfolgt gespannt die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen in der Schulraumplanung. Die vorliegende Information zum Projektstand der Gesamtplanung der Schulanlage Mösli ist sehr gut gelungen, informativ und vollständig.

Wie es so oft der Fall ist, kann es bei Erweiterungs- und Sanierungsprojekten im Rahmen der Vertiefung immer wieder zu unerwartetem und aber auch zu sinnvollen Projekterweiterungen kommen. Die Projekterweiterungsmassnahmen Flachdachsanierung und Photovoltaikanlage, Anpassungen der Parkierung an der Kilchgrundstrasse sowie die Erdbebenertüchtigung begrüssen wir und stellen diese nicht in Frage.

Die damit einhergehenden Mehrkosten und die Erhöhung der Planungskosten werden plausibel erläutert und nachvollziehbar aufgezeigt. Im Gesamtkontext zu den verschiedenen Teilobjekten erscheint uns das TP 07 mit CHF 304'000.00 etwas hoch. Dies ist jedoch sehr schwer zu beurteilen, da bei uns zu wenig Projekttiefe vorhanden ist.

Die sehr guten Werte der Benchmarks sind aus dem Bericht und den vorhandenen Zahlen für mich nicht nachvollziehbar gewesen. Auch nehme ich erstaunt zur Kenntnis, dass für die Kostenschätzung im Rahmen der Schulhausstrategie nicht mit den sehr guten Benchmarks gerechnet wurde. Da schon im Rahmen der Machbarkeit die Volumetrie und Flächen ermittelt wurden und anschliessend nicht gross verändert wurden.

Mit den doch sehr sportlichen Zahlen und einer Kostengenauigkeit von +/- 15 % in Rahmen der Schulhausstrategie (normal in dieser Phase wäre +/- 20/25 %) ist der Druck resp. die Wahrscheinlichkeit einer Kostenüberschreitung doch sehr hoch. Allenfalls sind die Zahlen für die Erweiterung Schule Rothaus und der Neubau einer Dreifachturnhalle mit den gewonnenen Erkenntnissen zu prüfen.

Um den Terminplan halten zu können, begrüssen wir die Massnahme die Planer-Phasen bis und mit 41 Erstellung Submissionsunterlagen auszulösen. Nebst dem Zeitgewinn wird eine weitere Stufe der Kostengenauigkeit erreicht. Die nun im Kostenvoranschlag ermittelten Zahlen werden verifiziert. Einzige offene Frage zum Stand des Vorprojekts:

- Welche Kostengenauigkeit muss dieser KV erreichen. +/- 10 %?

Wir bedanken uns für den guten Bericht und empfehlen, den Antrag für den Nachkredit von CHF 310'000.00 anzunehmen.

Hans Peter Friedli (SVP): Im Namen der SVP-Fraktion kann ich bekannt geben, dass wir ebenfalls diesem Nachkredit zustimmen werden. Die Arbeiten müssen ohne grosse Unterbrüche vorgesetzt werden können. Jeder Monat mit Zeitgewinn kann zu einem besseren Preis führen. Die Rohstoffpreise sind in den letzten Monaten stark angestiegen. Der Ausführungskredit wird im Herbst dem GGR und im Frühling 2022 dem Volk zum Entscheid vorgelegt.

Für uns ist unverständlich, wieso erst heute festgestellt worden ist, dass die Dachsanierung im Spezialtrakt sinnvoll wäre und auch noch eine PV-Anlage errichtet werden kann. In der heutigen Zeit ist es ein Muss, ein spezielles Augenmerk auf die Energieversorgung einer neuen Liegenschaft zu richten. Die Projektidee finden wir grosszügig und gut. Der Neubau bietet eine hohe Flexibilität und ist optimal auf die Zukunft ausgerichtet. Der vorgesehene Ausbau entspricht dem heutigen Zeitgeist. Die grosszügige Reserve ist im Kostenvoranschlag unbedingt einzuhalten.

① Ein Hinweis an die Verantwortlichen der Abteilung Hochbau:

Die Haustechnik ist sehr umfangreich und komplex. Wir sind der Auffassung, dass in der Submission eine angemessene Reaktionszeit bei Störungsmeldungen von den Unternehmen verlangt und eingehalten werden. Dies ist im Interesse der Sache sowie der Betriebssicherheit unerlässlich. Nur der Auftraggeber kann beim Architekten den notwendigen Einfluss wahrnehmen.

3)

Priska Zeyer (SP): Wir bedanken uns bei der Abteilung Hochbau für die ausgesprochen informativen Grundlagen und für die nachgelieferten Klärungen zu den Kosten. Wir begrüssen auch, dass uns zur Weiterentwicklung des Projektes Schulraumplanung zusätzliche Informationen geliefert wurden. Dadurch sind wir auf dem Laufenden und können im Prozess mitdenken. Ebenfalls danken wir dafür, dass der Nachkredit zeitnah beantragt wird. Das Projekt macht insgesamt einen gelungenen Eindruck.

Bezüglich des Projektes machen uns die Kosten etwas Sorgen. Wir akzeptieren, dass bei höheren Gesamtsummen, weil das Dach des Spezialtraktes mit einbezogen wurde, nun ein höherer Planungskredit notwendig ist - zumindest wenn man strikte nach den SIA-Regeln arbeitet. Die zusätzlichen Kosten der Arbeiten auf dem Spezialtrakt betragen jedoch nur 14 % - der Nachkredit ist 40 % höher. Gleichzeitig ist die Baukostensumme des Neubaus ebenfalls um CHF 1.2 Mio. oder 31 % gestiegen. Wir stellen aber ausserdem fest, dass die Kosten des Gesamtprojektes nur um 7 % gestiegen sind.

Wir stellen uns daher folgende Fragen und bitten den Gemeinderat kurz Stellung zu nehmen:

³ 19:35 Uhr: Cédric Luyet (glp) tritt der Sitzung bei. Es sind **30 Ratsmitglieder** anwesend.

1. Wäre es nicht möglich gewesen, die Reparatur des Daches des Spezialtraktes bereits von Anfang an vorzusehen (es wäre eigentlich logisch, dies gleichzeitig zu machen)? Dann hätte der Nachtragskredit dem GGR gar nicht vorgelegt werden müssen (obwohl wir natürlich für die Informationen zum Projektfortschritt dankbar sind).
2. Wurden bezüglich der Nachforderung des Architektenhonorars eine Verhandlung geführt? Bei grossen Bauprojekten ist der SIA-Leistungsvertrag eher als Richtlinie zu verstehen - Nachlässe im Preis können verhandelt werden.
3. Unter Berücksichtigung, dass der Bau nur 7 % teurer wird: Ist es bspw. richtig - auch aus didaktischer Sicht - am Aussenraum zu sparen? Und besteht ein Risiko für Kostenüberschreitungen, weil die Summe für Unvorhergesehenes gekürzt wurde?

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Besten Dank für die eingegangenen Fragen. Sollte eine Frage vergessen worden sein, stellt bitte diese nochmals. Der Abteilungsleiter Hochbau wird mich bei der Beantwortung unterstützen.

- Wieso wird die PV-Anlage erst jetzt an die Hand genommen?

In einem Vorprojekt hatte die Abteilung Hochbau einen anderen Auftrag zu erledigen (ohne PV-Anlage). Im Energierichtplan ist jedoch eine Fotovoltaik Anlage vorgegeben. Das Vorprojekt ist vor dem Energierichtplan bearbeitet worden.

- Erdbebensicherheit?

Da wird eine gesetzliche Auflage erfüllt.

- Wieso erfolgt die Ausschreibung bereits jetzt?

Der Prozessablauf sieht dies so vor. Wir haben keine Zeitreserven zwischen der Kreditgenehmigung durch das Parlament (GGR 28. Oktober 2021) und der notwendigen Volksabstimmung (13. Februar 2022). Die Abteilung Bildung, Kultur, Sport hat klar festgelegt, wann der Schulraumbedarf vorhanden sein muss.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: Ich gebe mir Mühe, die Fragen kurz und präzise beantworten zu können.

- ① Fragen von Priska Zeyer (SP)?

Wir haben auch immer Angst, dass die Kosten ansteigen. Wir haben zuerst den Raumbedarf abklären müssen. In einer zweiten Phase wurde der Blick geöffnet und weitere Integrationsmassnahmen in das Projekt aufgenommen. Hätten wir dies von Anfang an so vorgenommen, wären wir in zeitlichen Verzug geraten. Wir sind überzeugt, dass das gewählte Vorgehen in zwei Phasen der richtige Prozess ist.

- ① Nachforderungen des Architektenhonorars?

Die Nachforderungen sind grundsätzlich berechtigt. Es fand eine öffentliche Ausschreibung statt. Dort sind die Aufwendungen des Architekten festgelegt. Wir haben mit den Architekten einen Vertrag bis und mit der heutigen Vorlage in der GGR-Botschaft (Phase 1) abgeschlossen. Für die Phase 2 wird mit den Architekten wieder der Dialog aufgenommen.

① Sparen in der Umgebung?

Dem ist nicht so - wir wollen hier nicht sparen. Im Rahmen des Richtprojektes konnte lediglich eine grobe Kostenannahme vorgenommen werden. Die zu hohe Kostenannahme wurde in der Zwischenzeit korrigiert resp. eine Optimierung wurde vorgenommen.

① Kostenüberschreitungen?

Die Reserven wurden reduziert. Einiges Unvorhergesehenes ist in der Zwischenzeit eingetroffen und gewisse Reserven wurden bereits verbraucht.

① Kurzfristige Provisorien?

Das ist infolge des Klassenwachstums nicht möglich. Wir brauchen den geplanten Schulraum im Sommer 2022 unbedingt.

① Kosten der Parkplätze?

Es liegt eine grobe Kostenschätzung vor. Im Rahmen des Bauprojektes können diese Kosten genauer definiert werden.

① Votum von Hans-Peter Friedli (SVP)?

Besten Dank für den Hinweis. Den Haustechnikplaner werden wir in den Prozess integrieren. Bei allfälligen Fragen werden wir uns erlauben, mit Hans-Peter Friedli in Kontakt zu treten.

4)

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Liegen noch offene Fragen vor? Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 28 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Für die „Projektierung der Gesamtplanung Mösli“ wird zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 250.5040.20, ein Nachkredit von CHF 310'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Projekt mit folgenden Massnahmen erweitert wird:
 - a. Das Projekt wird mit der Flachdachsanieierung und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des bestehenden Spezialtrakts ausgearbeitet, was Investitionskosten von ca. CHF 833'000.00 zur Folge haben wird.
 - b. Das Projekt wird mit der Umgestaltung der Parkierung und Anpassungen der Kilchgrundstrasse ausgearbeitet, was Investitionskosten von ca. CHF 377'000.00 zur Folge haben wird.
 - c. Das Projekt wird mit Massnahmen zur Erdbebenertüchtigung der bestehenden Pavillons erweitert, was Investitionskosten von ca. CHF 57'000.00 zur Folge haben wird.
3. Diese Investitionskosten werden dann Bestandteil des Ausführungskredits, welcher im Herbst 2021 dem GGR vorgelegt wird.

⁴ 19:50 Uhr: Colette Nova (SP) tritt der Sitzung bei. Es sind **31 Ratsmitglieder** anwesend.

⁵⁾ + ⁶⁾

----- viertelstündige Lüftungspause -----

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Wir möchten mit der Sitzung fortfahren.

Persönliche Erklärung

Dorothea Züllig von Allmen (glp): In der Pause konnten beim Take-Away "Angelo" Hamburger bestellt und im Restaurant "National" noch drei Nussgipfel besorgt werden. Ich möchte beliebt machen, dass in den nächsten Sitzungen die allseits beliebten Sandwiches wieder abgegeben werden.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich nehme diesen Wunsch sehr gerne entgegen.

Wir fahren mit der Beratung der Geschäfte Nr. 30 bis 32 fort. In der Pause wurde mir beliebt gemacht, zuerst über das Traktandum Nr. 32 und anschliessend über die Traktanden Nr. 30 und 31 beraten zu lassen. Ist jemand gegen diesen Geschäftsablauf? - Dies scheint nicht der Fall zu sein.

Somit fahren wir mit dem Geschäft Nr. 32 "Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen; schriftliche Beantwortung" fort.

⁵ 19:55 Uhr: Gerhard Zaugg (SVP) verlässt die Sitzung. Es sind **30 Ratsmitglieder** anwesend.

⁶ 20:00 Uhr: Adrian Gränicher (SVP) tritt der Sitzung bei. Es sind **31 Ratsmitglieder** anwesend.

10.3.72 Motionen

28. (30.) Überparteiliche Motion betreffend externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft inkl. Beilagen dokumentiert. Zuerst möchte ich der 1. Vizepräsidentin des Gemeinderates das Wort erteilen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Die Beantwortung der Interpellation hat sehr lange gedauert. Die Beantwortung war sehr aufwändig. Es ist ein grosser Stapel Papiere und Unterlagen, die ihr erhalten habt. Es sind viele Zahlen und komplexe Sachverhalte kommuniziert worden. Wir haben nun endlich etwas Licht im Dunkeln. Das Licht hat uns die sorgfältige Aufarbeitung von pwc gebracht. Das sind die Herren Schneeberger und Ehrensberger von pwc und im Hintergrund auch noch zwei weitere Personen und Frau Isabelle Vetter, die die letzten Monate sehr intensiv gearbeitet haben. Der Aufwand hat sich gelohnt, sowohl für den Gemeinderat wie aber hoffentlich auch für euch GGR-Mitglieder und auch im Sinne der Verantwortung für unsere Bürgerinnen und Bürger, die dem Entscheid des Pensionskassenwechsels zugestimmt haben.

Der Gemeinderat dankt Colette Nova und den Interpellantinnen und Interpellanten ganz herzlich fürs "Dranbleiben" und die x-Stunden "freiwilligen Arbeit", die Colette dafür aufgewendet hat.

Wichtig scheinen mir die folgenden vier Aspekte:

1. Bis jetzt ist in diesem gesamten Prozess für Ostermundigen noch kein finanzieller Schaden entstanden.
2. Dem Gemeinderat liegt - wie auch den Interpellanten - alles daran, dass wir Geld, das uns zusteht, erhalten. Und selbstverständlich möchten wir auch hier das Maximum.
3. Der Gemeinderat war nicht untätig - das entnehmt ihr den Unterlagen.
4. Am Schluss ist man/frau immer schlauer. Einiges hätte man/frau sicher anders machen können - das Rad können wir nicht zurückdrehen, sondern daraus lernen und für die Zukunft das Optimum herausholen.

Gerne übergebe ich das Wort an Herrn Markus Schneeberger.

Markus Schneeberger (pwc): Die Firma pwc wurde primär vom Gemeinderat beauftragt, die technischen und finanziellen Fragen der vorliegenden Interpellation zu beantworten. Das Mandat hat eine Eigendynamik entwickelt: Die Verfügung der Stiftungsaufsichtsbehörde des Kantons Bern wurde von der PVS BIO und der Gemeinde Bolligen angefochten. Die BVG-Juristin Dr. Isabelle Vetter als Leiterin der beiden Verfahren haben wir unterstützt (siehe Bericht zur Interpellation - Kapitel A. Vorbemerkungen).

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Juni 2021

- Ein finanzieller Überblick über die zu erwartenden Kosten werde ich allen Anwesenden in einer Präsentation vorstellen.
- Die Beantwortung der Fragen der Mitunterzeichnenden der Interpellation wurde der abgegebenen GGR-Botschaft als Beilage 1 angehängt. Die Antworten werden ebenfalls im Anhang der Präsentation nochmals erwähnt.

Zuerst möchte ich auf die beiden der Gemeinde Ostermundigen bekannten Beträge eingehen. In der Präsentation werden graue und gelbe Balken ausgewiesen. Gelb bedeutet: Das Geld kommt.

① Präsentation Seite 7:

1. Betrag = CHF 374'411.48

Dieser Betrag wurde korrigiert und ebenfalls von Colette Nova (SP) erwähnt. Der Betrag wurde der Gemeinde Ostermundigen bereits überwiesen.

2. Betrag = CHF 17'55'351.84

Das sind die Arbeitgeberbeitragsreserven. Dieses Konto bei der PVK Bern dient zu Bezahlung der Arbeitgeberbeiträge. Die Abfederungsmassnahmen wurden für die Umwandlung vom Leistungs- ins Beitragsprimat beschlossen.

Die Abfederungsmassnahmen sind ursprünglich stets auf den 1. Januar eines Jahres allen Versicherten zuzustellen. Im Jahre 2018 wurde die Personalordnung geändert und mit den Abfederungsmassnahmen ergänzt. Die Gemeinde kann von sich aus abweichende Regelungen treffen.

Der Betrag von CHF 2'649.97 war ein zweiter Fehler. Statt den Betrag der Gemeinde zurückzubezahlen, wurde der Betrag auf das "Arbeitgeberbeitragsreservekonto" überwiesen. Die CHF 1.7 Mio. werden mit der neuen Regelung nicht alles.... *(die Aussage ist auf dem Tonband nicht verständlich)*.

- Welche Beiträge stehen der Gemeinde Ostermundigen noch zu?

Da muss ich auf die hängigen Verfahren vor Bundesverwaltungsgericht (*Präsentation Seite 8*) hinweisen:

Der Verteilplan liegt als sogenannte "Gemeinsame Kasse" bei der PVS BIO. Über die Höhe des Betrages, welcher in dieser gemeinsamen Kasse liegt, wird gestritten. Das Verfahren 1 beinhaltet die Anfechtung durch die PVS BIO und das Verfahren 2 die Anfechtung durch die Gemeinde Bolligen.

Bei der Präsentation habe ich unter "Anmerkung" einen ärgerlichen Fehler festgestellt: Anstelle von "Bei Obsiegen" muss es heissen: "Beim Unterliegen" der PVS BIO muss der Verteilplan angepasst werden. Im Moment sind knapp CHF 6.3 Mio. im Verteilplan. Beim Unterliegen der PVS BIO erhält die PVK die CHF 2.7 Mio.. Die verbleibenden CHF 3.5 Mio. werden unter den ehemaligen Anschlüssen verteilt.

Im 2. Verfahren bestreitet die Gemeinde Bolligen die geschuldeten CHF 2.7 Mio. nicht. Jedoch zwei Arten von Rückstellungen (für pendente IV-Fälle und technische Rückstellungen) werden in Frage gestellt. Das Verfahren 2 hat nur einen kleinen Einfluss auf den Liquidationserlös zugunsten der Gemeinde Ostermundigen. In beiden Verfahren wird die Gemeinde Ostermundigen durch die BVG-Juristin Dr. Isabelle Vetter vertreten.

① Präsentation Seite 9:

Hier können wir vom "Besser-Fall" resp. mögliche zustehende Mittel für die Gemeinde Ostermundigen sprechen. Auch da werden graue sowie gelbe Balken abgebildet. Die Anlage Hypotheka wurde vorsichtigerweise nur zu 75 % angerechnet. Hier ist offenbar noch ein Rechtsstreit hängig. Von Seiten PVK wird vermutet, dass ca. CHF 200'000 übrig bleiben werden. Im letzten Quartal 2021 wird voraussichtlich die Schlussabrechnung vorliegen. Aus der Gesamtliquidation können "in jedem Fall" weitere ca. CHF 400'000 (Verteilung analog Verteilplan) nicht technische Rückstellungen für Liquidation erwartet werden.

Bei Unterliegen der PVS BIO werden die CHF 2.7 Mio. nie direkt an die Gemeinde Ostermundigen überwiesen. Die Zahlung wird in jedem Fall über die PVK erfolgen. Die Ansprüche aus der Gesamtliquidation dürften für die Gemeinde Ostermundigen bei ca. CHF 1.6 Mio. liegen.

Im Bericht von Colette Nova (SP) setzt sich der Betrag aus

- CHF 374'411.78 aus Vermögensübertragungsvertrag (VüV) - Korrektur 2 IV-Fälle;
- CHF 300'000.00 aus VüV - in jedem Fall und
- CHF 2'709'395.75 aus VüV - bei Unterliegen der PVS BIO zusammen.

Die insgesamt CHF 3.4 Mio. entsprechen zufällig den möglicherweise zustehenden Mittel der Gemeinde Ostermundigen (*siehe Präsentation Seite 10*) bei Obsiegen der PVS BIO. Die gleichen Frankenbeträge sind reiner Zufall!

In den gelben Balken werden aus VüV bei Obsiegen der PVS BIO null Franken und aus der Gesamtliquidation ca. CHF 2.8 Mio. der Gemeinde Ostermundigen zustehen. Zusammen mit den Beträgen in den markierten grauen Balken ergibt sich ein Betrag von CHF 3.4 Mio..

Einige Hintergrundinformationen und zentrale Erkenntnisse (*Präsentation Seiten 11 und 12*):

Der VüV ist gut aufgebaut. Die PVS BIO hatte eine starke Unterdeckung und die PVK war fast bei 100 Prozent. Die PVS BIO konnte für die Versicherten nicht genügend Geld für den Einkauf beibringen. Das hat die Gemeinde Ostermundigen dazu veranlasst, die ausstehende Differenz zu bezahlen. Die PVS BIO war nicht sofort liquid. Die Gemeinde hat im Sinne eines Vorschusses CHF 2.7 Mio. vorfinanziert. Dieser Akt wurde vertraglich abgesichert. In der Abrechnung vom 15. Februar 2019 zwischen PVK und PVS BIO ist nicht ersichtlich, dass die PVS BIO der PVK die CHF 2.7 Mio. schuldet. Die beiden Geschäftsführer (PVS BIO und PVK) haben diesen Missstand nicht bemerkt. Wie hätte dieser „Faux pas“ seitens Gemeinderat bemerkt werden können?

① Differenzen Colette Nova (SP) und pwc:

Es geht um die Modalitäten der Übernahme der Liegenschaften durch die PVK (*Präsentation Seite 11*). Primär betrifft dies die Anrechnung resp. den Wert der Liegenschaften gemäss VüV. Der Dreiparteienvertrag wurde zwischen der PVS BIO und der PVK nur bilateral festgehalten. Die Prellung der Gemeinde Ostermundigen um die CHF 3.4 Mio. ist nur fast passiert. Der Schaden ist noch nicht eingetreten.

Der grösste Posten von CHF 2'709'395.75 bildet Gegenstand eines Verfahrens vor BVGer, der Rest ist unbestritten (Anlage Hypotheka) bzw. bereits zurückbezahlt (CHF 374'411.78 aus Korrektur IV-Fälle).

3. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 24. Juni 2021

- Diese CHF 2.7 Mio. sind tatsächlich im Risiko der Gemeinde Ostermundigen. Der einzige entstandene Schaden zulasten der Gemeinde Ostermundigen sind die Honorare der Berater, Spezialisten sowie der Juristen und Anwälte.
- Heute kann nicht vorausgesagt werden, wie das Verfahren ausgehen wird. Es macht wenig Sinn, nach Schuldigen zu suchen. Der Verfahrensabschluss ist abzuwarten.

Zentrale Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Übernahme von Liegenschaften durch die PVK (*Präsentation Seite 12*):

Im VüV sind die Liegenschaften mit CHF 37.81 Mio. angerechnet worden. Tatsächlich wurden die Liegenschaften für CHF 40 Mio. übernommen. Die Differenz von CHF 2.19 Mio. bezahlte die PVK an die PVS BIO zurück.

Solange die PVS BIO der PVK noch Geld schuldet, muss die PVK der PVS BIO kein Geld zustellen.

① Folgen

- Aufgrund der Differenzzahlung fällt die Streitsumme im Verfahren PVS BIO vor BVGer höher aus: CHF 2'709'395.75 statt CHF 519'395.75 (CHF 2'709'395.75 minus CHF 2'190'000).
- In der Abrechnung vom 15. Februar 2019 wurde ein offener Betrag von CHF 988'249.27 ausgewiesen. Dieser Restanteil der Abfederungsmassnahmen und Archivierungskosten hätte nicht gestellt werden müssen, wenn die offenen Posten bekannt gewesen wären.
- Unterliegt die PVS BIO im Verfahren vor BVGer, entsteht für die Gemeinde Ostermundigen kein direkter finanzieller Schaden.
- Der Ausgang des Verfahrens der Gemeinde Bolligen hat kaum finanzielle Auswirkungen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Vorhin habe ich erwähnt, dass zuerst die Motion (Traktandum Nr. 30) behandelt werden muss, bevor die Beratung der Interpellation (Traktandum Nr. 32) an die Hand genommen werden kann.

Ist die Erstunterzeichnerin der Motion als auch der Interpellation mit der gemeinderätlichen Beantwortung zufrieden?

Colette Nova (SP): Ich muss nicht mehr dazu sagen. Zuerst möchte ich mich bedanken, dass der Auftrag vergeben worden ist. Ein grosser Dank gilt allen, welche die politischen Vorstösse mitunterzeichnet haben. Ohne dieses Einschreiten wäre viel Geld verloren gegangen.

Ich bin mit dem gemeinderätlichen Antrag für die Erheblicherklärung einverstanden. Ich habe jedoch noch eine Anmerkung zu Seite 3:

Mit der Aussage: ... *Der Aufwand dafür, hätte bei Beauftragung der ROD zumindest teilweise reduziert werden können*, ... bin ich nicht einverstanden. Es muss eine professionelle, solide und gute Revisionsstelle beigezogen werden. Die ROD hat keine Fachkenntnisse bei den Pensionskassen. In den vorliegenden Dossiers hat sie diverse Fehler und Missstände nicht bemerkt. Sie wäre auch befangen gewesen, da sie zum Teil ihre eigenen Arbeiten hätten beurteilen müssen.

Fachkenntnisse:

Dass die pwc erkennt hat, dass eine Korrektur bei den IV-Renten notwendig ist - und das Geld in der Zwischenzeit auch schon verbucht werden konnte - dass kann nur mit einer vertieften Pensionskassen-Kenntnis erwirkt werden.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Motion betreffend externe Unterstützung zu den Mitteln, die Ostermundigen im Zusammenhang mit der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen wird schriftlich beantwortet, erheblich erklärt und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Ratssekretär Jürg Kumli: Die Präsentation wird dem Protokoll angehängt.

10.3.74 Interpellationen

29. (32.) Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen; schriftlich Beantwortung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Über eine allfällige Diskussion hat das Parlament gemäss Artikel 54 Absatz 4 GO GGR abzustimmen.

Ein entsprechender **Ordnungsantrag** für die Diskussion wurde mir vorgängig abgegeben.

A b s t i m m u n g

Der Ordnungsantrag, die überparteiliche Interpellation zu diskutieren, wird mit 29 zu 0 Stimmen (1 Enthaltung) angenommen.

Matthias Kuert (SP): Besten Dank allen, die bei dieser dunklen Angelegenheit mitgeholfen haben, Licht beizufügen. Viele Unsicherheiten und Fehler mussten eliminiert werden. Was mich befremdet ist die Tatsache, dass die kantonale Aufsichtsstelle die PVS BIO angehalten hat, den Betrag von CHF 2.7 Mio. zu bezahlen.

Heute stellt sich die Frage: Wer ist die Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) noch? Der Stiftungsrat ist noch mit der Liquidation beauftragt. Mich hat ebenfalls befremdet, dass der Stiftungsrat nicht im Interesse der ehemaligen Gemeinden und ihren Mitarbeitenden gehandelt hat.

Nun wird laufend Geld vernichtet. Das Geld schmilzt dahin und wird wenig produktiv eingesetzt. Dazu ist noch keine befriedigende Antwort eingetroffen.

Hans Peter Friedli (SVP): Ich will nicht Kritik üben. Wir von der SVP-Fraktion wollen uns bei Colette Nova (SP) für die Initiative und die umfangreichen, aufwändigen Arbeiten bedanken, welche zur Aufklärung des Sachverhaltes beigetragen haben. Ohne Colette Nova (SP) wäre die Angelegenheit nicht so umfassend aufgearbeitet worden. Auch das Engagement der 2. Vizegemeindepräsidentin ist zu Verdanken. Maya, auch dir ein grosses Dankeschön.

Allen, die bei der Aufklärung der offenen Fragen und Unklarheiten bei der Liquidation der PVS BIO mitgeholfen haben, gilt unser bester Dank. Auch den Mitarbeitenden der Firma pwc ein grosses Merssi!

Colette Nova (SP): Dem Dank von Seiten SVP-Fraktion schliesse ich mich an. Vielen Dank allen Mitunterzeichnenden - der politische Druck war dringend notwendig!

Ich probiere mich nun kurz zu fassen.

Im Herbst 2019 habe ich begonnen, Fragen zur Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zu stellen. Mir war es seltsam, dass so viel Geld in der PVS BIO deponiert wurde. Die Jahresrechnungen konnten nicht zur Hilfe gezogen werden. Ich wurde misstrauisch.

In der Zwischenzeit habe ich diverse Informationen erhalten. Der Vermögensübertragungsvertrag (VüV) inkl. Abrechnung wurde mir zugestellt. Einige Fragen wurden daraufhin relevant. Ich habe sehr wenige Differenzen mit dem Bericht pwc. Ich bin mir bewusst, dass mit dem vorliegenden Bericht nicht alle Details resp. Prozesse bekannt sind. Ich habe mir erlaubt, den Bericht mit einer "Chronik der Entscheide" zu ergänzen, welche ich am 13. Juni 2021 allen per E-Mail zugestellt habe.

① Differenzen

Der Differenzbetrag steht der Gemeinde Ostermundigen zu. Dieser Betrag hätte nicht von der PVK Bern an die PVS BIO überwiesen werden dürfen sondern an die Gemeinde Ostermundigen. Die Anlagenübertragung (Vermögenswerte) haben vollständig in der Abrechnung erwähnt zu sein. Es dürfen nicht CHF 300'000 vergessen gehen. Ich habe wirklich kein Verständnis, dass die Einschätzung von der pwc zu nett und zu lieb ist. Die Urheber dieser Fehler haben einige Notlügen geäussert - diesen ist nicht zu glauben.

① Was ist überhaupt passiert?

Einige grobe Fehler im kaufmännischen Markt. Die Pensionskassen wie auch die Gemeinde Ostermundigen haben die Fehler nicht bemerkt. Es wurden keine Kontrollen durchgeführt. Es wurde nicht reagiert. Auch auf das Schreiben der Gemeinde Bolligen im September 2020 wurde nicht reagiert.

Bei der PVS BIO wurde eine geschuldete Zahlung nicht ausgelöst resp. die irrtümlich eingegangenen CHF 2.1 Mio. wurden nicht rückvergütet. Die Revisionsstellen der Gemeinde Ostermundigen wie auch der PVS BIO haben diese Missstände anlässlich der Jahresrechnung nicht erkannt.

Zu guter Letzt leistet die PVS BIO Widerstand, dass uns geschuldete Geld der Gemeinde Ostermundigen zu überweisen und dies trotz klarer Anweisung der kantonalen Aufsichtsstelle. Es ist nicht normal, dass kein Rechtsverfahren stattfindet.

Fazit: Dies alles hätte nicht passieren dürfen. Es liegt ein klares Versagen vor. Wenn nur einer rechtzeitig die Reissleine gezogen hätte, wäre diese Misere nicht geschehen. Ohne das hartnäckige Nachfragen seitens der GGR-Mitglieder (L. Alberucci, E. Hirsiger sowie der Gemeinde Bolligen), wären die getätigten Fehler noch heute nicht bekannt und das Geld höchstwahrscheinlich verloren.

① Weitere Differenzen

Es ist bisher kein finanzieller Schaden entstanden. Grösseres Prozessrisiko - die Meinungen der Gerichte können nicht vorhergesagt werden. Wir müssen Geld ausgeben, für Gelder welche uns klar zustehen. Von den uns zustehenden CHF 2.7 Mio. müssen wir bereits CHF 250'000 für die Experten abziehen.

Wichtig ist, dass die Lehren aus den gemachten Fehlern gezogen werden. Verträge und Abrechnungen müssen inskünftig genau kontrolliert werden - vor allem wenn es um grosse Beträge geht. Die Spesenabrechnungen des Personals werden bestimmt gründlich kontrolliert. Wenn es um Millionenbeträge geht, entfällt eine gründliche Kontrolle! Wenn ein Schreiben

einer anderen Gemeinde eintrifft und uns einen grossen Betrag in Aussicht stellt, dann sollte der Gemeinderat handeln und nicht einfach nur ablegen. Diese wichtigen Lehren müssen in Stein gemeisselt werden!

① Eine Bemerkung zur den Arbeitgeberbeitragsreserve

Im Bericht werden die Arbeitgeberbeitragsreserven mehrmals erwähnt. Dieser Spezialbegriff kommt aus der 2. Säule. Bitte achtet darauf, dass die PVK die CHF 2.7 Mio. eigenmächtig in die Arbeitgeberbeitragsreserven kippt. Dieser Prozess steht explizit nur den Arbeitgebern zu.

Sorry lieber Gemeinderat, auch du darfst nicht entscheiden, die Arbeitgeberbeitragsreserven an die PVK zu kippen. Wieso: Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Ostermundigen haben einen Kredit angenommen. Dieser Kredit ist zweckbindend einzusehen, d. h. zur Sanierung der Pensionskasse. Nicht aber eine Differenz zur Arbeitgeberbeitragsreserve.

Der Gemeinderat soll auch prüfen, dass die CHF 333'750 der Anlagen Hypotheka von der PVS BIO an die PVK zufließen und nicht vergessen gehen. Nicht nur vertrauen - auch hier gilt es zu kontrollieren.

Bereits in der Geschäftsprüfungskommission habe ich den Wunsch geäussert, dass der Gemeinderat jährlich über die Unterdeckung der PVK Bern informiert und welches der Bestand der Arbeitgeberbeitragsreserven ist. Dieser Betrag steht nicht in der Bilanz. Ich habe ein Beispiel der Information gefunden und werde dieses dem Departementsvorsteher Finanzen/Steuern und dem Finanzverwalter sowie den GPK-Mitglieder gerne zur Verfügung stellen. Das potenzielle Risiko, dass die Gemeinde Ostermundigen einen unvorhergesehenen Betrag zahlen muss, wird damit eingeschränkt.

Nach ein Appell an den Stiftungsrat der PVS BIO:

- Sämtliche Rechtsstreitigkeiten sind zu beenden.
- Das Geld ist der Gemeinde Ostermundigen zu überweisen.
- Die gemachten Arbeiten sind zur Kenntnis zu nehmen.

Anschliessend kann die PVS BIO liquidiert und das unrühmliche Kapitel geschlossen werden

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Cédric Luyet (gip): Colette Nova (SP) ist hartnäckig und bescheiden. Die leidige Geschichte hat nicht erst im Jahre 2019 angefangen; der Missstand hat bereits vor 10 Jahren seinen Lauf genommen. Im Namen der gip-Fraktion möchte ich dir Colette sowie Luca Alberucci und Ernst Hirsiger für die Arbeiten bedanken. Der Regierungsstatthalter wurde mit ins Boot geholt und der Widerstand der Liquidation PVS BIO wurde nach dem Austritt von Ittigen und Bolligen an die Hand genommen.

Nach dem Volksentscheid hat Colette Nova (SP) ihre Aufgaben als Parlamentsmitglied wahrgenommen, die Abdeckung kritisch begleitet und passiven Widerstand gelebt. Heute realisieren wir, dass fast ein Schaden eingetroffen ist. Wir wissen nun alle, dass dem Gemeinderat mindestens 2,7 Mio. Franken zu Gute stehen. Diese klar definierbare Schuld hat uns die Beraterfirma pwc dargelegt.

Wir von der glp-Fraktion können uns dem Appell von Colette Nova (SP) anschliessen. Wir möchten die Schuldner bitten, die Gerichtsverhandlungen zu sistieren, die Gerichtskosten einzusparen und das vom Souverän zur Verfügung gestellte Geld endlich zu begleichen.

Silvia Fels (EVP): Ich habe noch eine Einschätzungsfrage: Will oder soll der GGR eine eigene Pressemitteilung verfassen? Wie schätzen Sie dies ein Herr Schneeberger?

Markus Schneeberger (pwc): Ich haben versucht, das ganze wirtschaftlich/juristisch aufzuarbeiten. Sie sind ein politisches Gremium. Das Rechtsbegehren der PVS BIO ist schwierig aber letztendlich eine politische Einschätzung.

2. Vizegemeindepräsidentin Maya Weber Hadorn (SP): Dieser Entscheid muss das Parlament selbständig fällen.

Zur Frage: Wer ist heute die PVS BIO noch? Sie besteht aus einem Geschäftsführer und sechs Liquidatoren (3 Arbeitgebervertreter und 3 Arbeitnehmervertreter). Es braucht immer eine Mehrheit, um ein Vorgehen umsetzen zu können.

Die Weiterbehandlung des Geschäftes werden sie selbständig fällen.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Ich möchte daran erinnern, dass wir am 27. November 2016 die Sanierung der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) dank Colette Nova (SP) und ihren Mitstreitern verhindert haben. Es waren nur ein paar wenige, die ihr vertraut haben. Doch heute können wir ihrer Einschätzung vertrauen und Folge leisten. Vielen Dank Colette.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich danke den beiden Herren Ehrensberger und Schneeberger für die kompetente Auskunftserteilung.

B e s c h l u s s

Die überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermundigen aus der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermundigen (PVS BIO) zustehen wird schriftlich beantwortet.

42.2.43	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt
42.2.45	Leitungsnetz; Anschlussleitungen, Unterhalt
42.3.44	Abwasseranlagen; Private (Gesuche, Bewilligungen) (früher: 42.314)
40.8.12	Sanierung Strassenentwässerung (Schächte + Leitungen)

30. (28.) Perimeter "Alpenstrasse": Ersatz, Sanierung und Erweiterung der Wasser- und Abwasserleitungen, Sanierung und Ersatz der Strassenentwässerung und Erneuerung der Strassenbeläge; Kreditabrechnung und Genehmigung Nachkredit

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Thulani Thomann (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion nimmt die gemeinderätliche Botschaft zur Kenntnis und stimmt dem Antrag zu. Der Bericht ist übersichtlich und gut verständlich - besten Dank.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Kreditabrechnung für den Ersatz, Sanierung und Erweiterung der Wasser- und Abwasserleitungen, Sanierung und Ersatz der Strassenentwässerung und Erneuerung der Strassenbeläge im Perimeter "Alpenstrasse", abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 524'990.30 inkl. MwSt., wird zur Kenntnis genommen.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung wird ein Nachkredit von CHF 52'990.30 inkl. MwSt. bewilligt.

54.4.02 Geräte und Fahrzeuge

31. (29.) Feuerwehr: Ersatzbeschaffung Pionierfahrzeug Feuerwehr; Kreditabrechnung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Kreditabrechnung der Ersatzbeschaffung Pionierfahrzeug für die Feuerwehr, abschliessend mit einer Kostensumme von CHF 351'414.50 und Einnahmen von CHF 12'990.00, wird zur Kenntnis genommen.

10.3.73 Postulate

32. (31.) Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden; Erheblicherklärung/Ablehnung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Matthias Kuert (SP): Es wird voraussichtlich weniger Geld gebraucht, als ursprünglich vom Volk gesprochen wurde. Der Zusammenhang liegt darin, dass bei der Sanierung das Ü50-Personal Sanierungsbeiträge zu leisten hat (jährlich rund CHF 170'000). Dieser Sachverhalt läuft noch bis Ende 2022. Dieser Volksbeschluss wird nicht angezweifelt. Es sieht so aus, dass die Sanierung weniger kostet, als ursprünglich gedacht.

Der Gemeinderat soll nun prüfen, wie diese Sanierungsbeiträge anderweitig beigebracht und wie die Mitarbeitenden an dieser positiven Entwicklung mit einer Kompensation beteiligt werden können. Es wurden verschiedene Möglichkeiten bereits skizziert. Der Vorstoss ist offen formuliert. So kann insbesondere die Kompensation erst erfolgen, wenn das Ergebnis klar ist. Das muss nicht dieses Jahr sein.

Der Gemeinderat ist grundsätzlich gewillt, etwas in Richtung "Abgeltung" zu tun, wie aus der Antwort ersichtlich ist. Die Budgetierung eines angemessenen Betrags muss zwingend erfolgen.

Deshalb ist es erstaunlich, dass der Gemeinderat die Ablehnung des Postulates empfiehlt. Aus unserer Sicht kann dem Postulat so zugestimmt werden, gerade auch, wenn man die Erwägungen des Gemeinderates miteinbezieht. Ich empfehle euch als Erstunterzeichner deshalb die Annahme des Postulats.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Liegen weitere Wortmeldungen vor?

Denis Toggwiler (glp): Als es damals zur Finanzierung der Sanierungsbeiträge ging, hat sich die glp-Fraktion für die entsprechende Beteiligung der aktiv Versicherten ausgesprochen. Der Sanierungsbeitrag wurde wie erwähnt per Volksbeschluss beschlossen und ist entsprechend umzusetzen.

Falls die Parameter wie bspw. der bessere Verkauf von Liegenschaften effektiv geändert haben, können wir uns vorstellen, hier einen Beitrag an die Mitarbeitenden zurückfliessen zu lassen, die effektiv zu viel an die Sanierung beigetragen haben. In den Vorschlägen der Postulanten werden aber die Empfängergruppen vermischt. Gute Leistungen zu honorieren, gehört meines Erachtens unabhängig von diesem Thema zu betrachten.

Bevor darüber aber im Detail gesprochen werden kann und entsprechende Berechnungen gemacht werden können, muss das Geschäft definitiv abgeschlossen sein, damit wir sehen, was unter dem Strich effektiv - und nicht voraussichtlich - übrigbleibt. Aus diesem Grund lehnen wir das Postulat ab.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 17 zu 10 Stimmen (2 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s

Das Postulat SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion betreffend Kompensation für Pensionskassen-Sanierungsbeiträge der Gemeindemitarbeitenden wird schriftlich beantwortet und abgelehnt.

10.3.72 Motionen

33. Motion GLP/BDP-Fraktion betreffend angemessene Information des Parlaments zu den aktuellen verwaltungsinternen Problemen; Berichterstattung und Abschreibung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich die Zweitunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Wir bedanken uns für den Bericht, welcher dem Parlament nach einer langen Zeit vorgelegt wurde. Dieser doch recht schwierige Auftrag für den Gemeinderat hat uns aufgezeigt, dass wir aus den begangenen Fehlern lernen können. Wir haben den Bericht in der Fraktion sowie auch ausführlich in der Geschäftsprüfungskommission besprochen. Es ist schwierig, verwaltungsinterne Probleme datenschutzgerecht darzustellen. Es dürfen keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden.

Anstatt so viel Aufwand zu betreiben, ist die Geschäftsprüfungskommission frühzeitig beizuziehen. Der Gemeinderat kann die Aufarbeitung nur sehr erschwert in Angriff nehmen. Die Geschäftsprüfungskommission ist die richtige Organisation, um solch schwierige Aufträge zu bearbeiten.

Wir danken dem Gemeinderat für die Bearbeitung der Motion und der Berichterstattung. Wir sind mit der Abschreibung der Motion einverstanden.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

1. Der Bericht „Motion angemessene Information,, vom 29. April 2021 wird genehmigt.
2. Die Motion GLP/BDP-Fraktion betreffend angemessene Information des Parlaments zu den aktuellen verwaltungsinternen Problemen wird als erledigt abgeschrieben.

10.3.72 Motionen

34. Dringliche, überparteiliche Motion betreffend einen Beitrag leisten zur Linderung der Not in den Lagern der Geflüchteten; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung ein Postulat

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich eine Mitunterzeichnerin zur Berichterstattung äussern.

Priska Zeyer (SP): Diese Motion wurde von Adrian Tanner verfasst, er kann als GGR-Präsident das Geschäft nicht vertreten, und andere Unterzeichnende sind entweder nicht mehr im Rat oder nicht mehr in dieser Funktion. Ich werde deshalb stellvertretend für unsere Fraktion dieses Geschäft vertreten.

Es ist grundsätzlich positiv, dass „nur noch“ 11'000 Menschen in den Lagern auf den griechischen Inseln ausharren müssen. Das ist tatsächlich eine Reduktion gegenüber den 40'000 Personen im April 2020. Aber es sind immer noch 11'000 Menschen zu viele.

Wir begrüssen auch, dass die Gemeinde Ostermundigen 206 Asylsuchende und vorläufig aufgenommene Ausländer/Flüchtlinge aufgenommen hat, und auch sonst ihre Verantwortung wahrnimmt.

Nicht nachvollziehbar ist für unsere Fraktion, dass die Gemeinde Ostermundigen die kantonale und bundesrätliche Asylpolitik unkommentiert mitträgt. Diese Strategie ist Teil der europäischen Asyl- und Migrationspolitik, und diese hat seit 1993 zum Ertrinkungstod von 44'000 Menschen geführt.

Wie in der Antwort des Gemeinderats erwähnt, haben auch andere Städte und Gemeinden Angebote gemacht, wie sie in der Motion gefordert werden – offenbar ist der Eindruck weit verbreitet, dass die Schweiz mehr tun kann. Wir hoffen immer noch, dass sich Ostermundigen diesem Aufruf anschliesst.

Wenn eine Gemeinde zur Aufnahme von zusätzlichen Menschen aufruft, ist es nur logisch, wenn sie dann auch selbst einen konkreten Vorschlag macht.

Es geht bei unserem Vorstoss selbstverständlich nicht um Eigenwerbung, es geht um ein Hilfsangebot. Es ist zwar so, dass Ostermundigen, genau wie beim Klimawandel, die Flüchtlingskrise nicht lösen kann. Aber es kommt auch hier auf die einzelnen Gemeinden an. Wenn alle sagen, mein kleiner Beitrag hilft ja sowieso nichts, dann ist das ein schlechtes Argument.

Es kommt eben doch auf jeden Einzelnen an, und beim jetzigen Geschäft wäre das die Gemeinde Ostermundigen.

Wir bedanken uns für die Unterstützung dieser Motion.

Emsale Selmani (SP): Ich möchte gerne wissen:

1. Welche Rahmenbedingungen der Gemeinderat bis dato getroffen hat?
2. Wie wird die soziale Integration dieser Personen geschaffen und gefördert?

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Ich bin Mitunterzeichnerin und möchte ebenfalls zu bedenken geben, dass das Lager von Moria auch nach dem Brand noch masslos überfüllt ist. Wichtig ist auch, dass die Stadt Bern eine gleichlautende Motion (Aufnahme von 500 Flüchtlingen) im November 2020 erheblich erklärt hat. Die Antwort des Gemeinderats von Ostermundigen ist "pauschal" ausgefallen - er will der Bundesbehörde nicht ins Wort fallen. Die Stadt Bern ist gewillt, den Druck auf die Bundesbehörden zu erhöhen.

Ich verstehe die Antwort des Gemeinderates nicht ganz. Wir können mit diesem Vorstoss keine falsche Werbung platzieren. Wir müssen den Druck erhöhen. Finanziell wird der Gemeinde Ostermundigen kein grosser Schaden zugefügt. Das Argument der fehlenden Finanzen kann im vorliegenden Fall nicht beigebracht werden. Ich persönlich werde die Motion unterstützen.

Hans Peter Friedli (SVP): In der Botschaft hat der Gemeinderat eine ausführliche Begründung dargelegt, wieso er diese Motion ablehnt.

Die Vorrednerin, Dorothea Züllig von Allmen (glp), vergleicht uns mit der Stadt Bern. Für mich ist die Stadt Bern ein schlechter Vergleich. Diese Politik kann hinterfragt werden.

Ich möchte einen Satz aus der Stellungnahme des Gemeinderates zitieren:

... Angesichts der bereits laufenden Verteilung der Flüchtlinge auf die diversen Länder beurteilt der Gemeinderat die vorgeschlagenen Massnahmen als nicht sinnvoll, da sich Ostermundigen damit dem Vorwurf aussetzt, die aktuelle Lage zu verkennen, für Eigenwerbung zu missbrauchen und darüber hinaus unnötigen Aufwand auf Bundesebene zu verursachen, da das Ansinnen auf Bundes- und Kantonebene formell bearbeitet werden müsste, nur um danach abgelehnt zu werden. ...

Ja, wir können auch so Schlagzeilen machen. Ob dies jedoch nützlich und sinnvoll ist, bezweifle ich. Für mich ist ganz klar: Flüchtlingspolitik ist nicht die Aufgabe der Gemeinde - das ist eine Aufgabe für Bund und Kanton.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Es liegt noch eine Frage aus dem Plenum vor.

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Die Fragen von Emsale Selmani (SP) kann ich wie folgt beantworten

1. Welche Rahmenbedingungen der Gemeinderat bis dato getroffen hat?
2. Wie wird die soziale Integration dieser Personen geschaffen und gefördert?

Wir bieten heute bereits eine ganze Palette an Angebote an (von schrittweise zu Integrationsbemühungen, Beratungen, Erstgespräche etc.). Wir haben in der zweiten Phase sehr viele Asylsuchende in der Gemeinde Ostermundigen. Die Stadt Bern nimmt pro Kopf weniger Leute auf als Ostermundigen.

Im Vorstoss wird der Gemeinderat aufgefordert, medienwirksam auf Bund und Kanton zugehen. Es ist nicht so, dass es zu wenige Plätze gibt. Ostermundigen ist nur ein kleines Puzzleteil im ganzen Schengen-Raum. Es kann nicht so sein, dass der Gemeinderat von Ostermundigen den ganzen Prozessablauf über den Haufen wirft. Die Verhandlungen müssen in ganz Europa geführt werden. Im Bundesrat sind genügend personelle Ressourcen vorhanden, welche sich für diese Personengruppe einsetzt.

In diesem Wettbewerb hat die Gemeinde Ostermundigen ihre persönliche Rolle zu erfüllen und diese wird sehr gut erledigt.

Priska Zeyer (SP): Ich möchte einen Appell an die Abteilung Öffentliche Sicherheit richten: Wenn es so lange geht, wie es beim Deutschkurs geht, dann langt es nicht. Auch im Verwaltungsbericht haben wir auf diesen Missstand hingewiesen.

Und nochmals: Es kommt auf jede einzelne Gemeinde an! Deshalb bitte ich euch, der Motion zuzustimmen.

Emsale Selmani (SP): schritt: weise ist das einzige Programm, welches die Gemeinde Ostermundigen für die Asylsuchenden in Ostermundigen anbietet. Ein Programm, welches für die Betreuung dieser Kinder sorgt.

Zum Votum: ... *Die Leute kommen hier her, um abgelehnt zu werden ...* als dann hat die Gemeinde Ostermundigen vom Asylrecht nicht viel begriffen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor und wir kommen zur Abstimmung. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 15 zu 14 Stimmen (*→ mit Stichentscheid des Ratspräsidenten*) den folgenden

B e s c h l u s s

Die dringliche, überparteiliche Motion betreffend einen Beitrag leisten zur Linderung der Not in den Lagern für Geflüchtete wird begründet und erheblich erklärt.

10.3.72 Motionen

35. Motion glp-Fraktion betreffend "Quartiertreff-Planung"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Zuerst darf sich der Erstunterzeichner zur Berichterstattung äussern.

Denis Toggwiler (glp): Wir danken dem Gemeinderat und der Verwaltung für die ausführliche Prüfung des Vorstosses. Uns ist ein Anliegen, dass das Thema «Quartiertreff» gemeindeübergreifend aufgenommen, konkret geplant und rasch umgesetzt wird.

Mit dem Antrag auf Änderung des Wortlauts und die Verknüpfung mit O'mundo greift der Vorstoss aus unserer Sicht noch weiter, was wir sehr begrüssen.

Die erarbeiteten Varianten zeigen, dass sich die Verwaltung vertieft mit dem Vorstoss befasst hat. Hier bevorzugen wir die Variante 3 aus den genannten Gründen.

Priska Zeyer (SP): Wir werden die Motion unterstützen. Ich habe noch eine Anmerkung zur Begründung der glp-Fraktion - ich habe dies auch bereits in der Sozialkommission deponiert:

... In der Umsetzung sind jene Quartiere zu priorisieren, welche die höchste soziale Indikation aufweisen d. h. viele sozial schwach gestellte Familien, Quartiere mit erhöhtem Bedarf auf soziale Integration. ...

Dieser Punkt ist in jedem Fall sehr wichtig. Aber: Wenn wir in den neuen Quartieren nicht bereits heute ein besonderes Augenmerk abgeben, dann werden wir in 20 Jahren ein soziales schwieriges Quartier antreffen. Es ist wichtig, dass in der ganzen Gemeinde das Augenmerk auf die Bewegungsmöglichkeiten gesetzt wird. Die sozialschwachen Quartiere sollen von der Sozialkommission in den Vordergrund gestellt werden.

Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird die Motion unterstützen.

Kathrin Balmer (SP): Ich habe noch eine Frage an die Departementsvorsteherin Soziales zur Variante 3: Warum wurde die Vergabe freihändig vorgenommen (ohne verschiedene Anbieter abzuholen)?

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Wir haben kein Einladungsverfahren durchgeführt. Begründung: Wir haben bis jetzt sehr erfolgreich mit der Berner Fachhochschule zusammen gearbeitet. Wir haben einen sehr verlässlichen Partner gewählt. Auch finanziell ist Verlass auf die BFH. Der Projektleiter kann auf einschlägige Erfahrungen zurückgreifen (Stadt Burgdorf). Die Projektteams sind mit den nötigen Fachkenntnissen ausgerüstet.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Änderung des Wortlautes der Motion wird in der GGR-Botschaft auf Seite 5 erwähnt. Ich verlese den abgeänderten Wortlaut:

Aufgrund des Dargestellten ist eine Anpassung des Wortlauts der Motion nötig:

Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Gesamtkonzept bzw. Machbarkeitsbericht «Begegnungsmöglichkeiten inkl. Umsetzungsplanung» für die ganze Gemeinde zu erstellen.

Konzeptinhalte:

- 1. Bedarfsanalyse und Evaluation möglicher Begegnungsmöglichkeiten für die Bevölkerung, verteilt über die ganze Gemeinde*
- 2. Kriterien, die zur Beurteilung der Umsetzungsreihenfolge beigezogen werden*
- 3. konkrete Terminplanung*
- 4. transparente und detaillierte Kostendarstellung je Begegnungsort (Initial- und Betriebskosten)*

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 24 zu 5 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion glp-Fraktion betreffend "Quartiertreff-Planung" wird begründet, im Wortlaut abgeändert und erheblich erklärt.

10.3.74 Interpellationen

36. Dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen; schriftliche Beantwortung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Das Parlament wurde mit der gemeinderätlichen Botschaft dokumentiert. Der Erstunterzeichner ist heute Abend abwesend. Sind die Mitunterzeichnerinnen mit der Beantwortung zufrieden?

Stefanie Dähler (SP): Wir von der SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion danken für die umfangreiche Beantwortung unserer Interpellation. Kurz zusammengefasst kann man also sagen:

- Es gab ein bisschen Farbe auf den Strassen aber nur wenn es wenig gekostet hat. Ansonsten wurde nichts gemacht und einiges geplant.

Insgesamt ist die Bilanz ernüchternd, der Verweis auf die knappen Gemeindefinanzen und der verzögerte Bau des Trams verständlich aber als alleinige Ausrede vielleicht ein bisschen dünn. Die Antwort bestätigt aber das, was wir in unserer Stellungnahme zur Rechnung bereits festgehalten haben:

- Die Gemeinde ist sehr schmalbrüstig unterwegs und nicht in der Lage, sämtliche Aufgaben zu erfüllen, die sie eigentlich erfüllen sollte.

Wir hoffen natürlich, dass der Gemeinderat in den nächsten Jahren den Elan und auch das Geld aufbringt, die angedachten und geplanten, guten Massnahmen endlich auch umzusetzen. Vielleicht könnte man ja dafür die im Moment für die laufende Rechnung geplünderte Mehrwertabschöpfung verwenden?

In der Beantwortung der letzten Frage wird allerdings kräftig geschummelt. Bei sämtlichen grösseren Überbauungsordnungen der letzten Jahre wurde die Mobilität stiefmütterlich behandelt und musste im Rat nachgebessert werden. Wir hoffen sehr, dass die Planung in Zukunft vermehrt dem Grundsatz nachlebt, den das Planungsamt in seiner Interpellationsantwort schon heute für sich in Anspruch nimmt.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Diskussion wurde nicht verlangt und somit ist dieses Traktandum erledigt.

B e s c h l u s s

Die dringliche Interpellation SP/Grüne/Gewerkschaften: 12 Fragen zur Verkehrssituation in Ostermundigen wird schriftlich beantwortet.

37. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.74 Interpellationen

a) **Überparteiliche Interpellation betreffend Parkplatzbewirtschaftungssystem Migros Ostermundigen und weitere Einkaufszentren; eingereicht 20.02.2020; verspätete Beantwortung**

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Wir sind mit dem Vorstoss zur Parkplatzbewirtschaftung in Verzug. Hier ist eine Koproduktion zwischen den Abteilungen Öffentliche Sicherheit und Hochbau in Bearbeitung. Ein Entwurf liegt vor und das Geschäft wird im September 2021 dem Parlament vorgelegt.

10.13.91 Zusammenarbeitsformen

b) Kooperation Ostermundigen Bern; Stand der Arbeiten

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Ich möchte einen kurzen Blick in die Werkstatt abgeben:

- Am 28. Mai 2021 wurde zur ersten physischen Sitzung der beiden Gemeinderäte (Stadt Bern und Ostermundigen) aufgeboten. Die "Aufgabenbereiche" wurden an die Hand genommen. Es handelt sich dabei um: Organisation der Schule inkl. Musikschule, Vereins- und Quartierleben, Sport/Freizeit/Kultur/Erholung, Dienstleistungen vor Ort, Fragen zur Identität stiftenden Merkmale, Mitsprache und Partizipation, Interessen von Gewerbe und Wirtschaft, Infrastrukturen zur Ver- und Entsorgung, Bildung der soziodemografischen Strukturen von Ostermundigen, weiteres Vorgehen mit bestehenden Gemeindeverbänden und Verträge mit anderen Partnern.
→ Der Prozess zur vertieften Zusammenarbeit wurde aufgenommen.
- Die Begleitgruppe hat ihre Arbeiten ebenfalls begonnen.
- Nicht mehr diskutiert werden nicht verhandelbare Themen wie: die Schulraumplanung, die Ortsplanungsrevision, die Verkehrsplanung, die Energiepolitik und die Besitzstandsgarantien unserer Mitarbeitenden.
- Der Hauptteil betrifft die sogenannten Strukturfragen. Der letztjährige Machbarkeitsbericht gibt erste Inputs ab (Strukturfragen zur Legislative, Exekutive und Stadtpartizipation). Bereits konnte ein erstes Verhandlungsmandat an die Stadt Bern verteilt werden. Die wird die Situation nun prüfen. Anschliessend werden die Diskussionen geführt.
- Eine erste Sitzung der Exekutiven hat stattgefunden.
- Auf operativer Ebene konnten erste Arbeiten abgeschlossen werden (Bibliothek). Nach der Sommerpause wird die Stadt Bern schauen, wo die Bibliothek angeschlossen werden kann.
- Gestartet wurden das Teilprojekt "Personal" und das Teilprojekt "Finanzen".

Fazit:

Die Arbeiten werden nach den Sommerferien 2021 wieder intensiv an die Hand genommen. An der nächsten GGR-Sitzung wird über den Stand des Geschäftes erneut informiert.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angekommen. Ich habe noch die parlamentarischen Neueingänge bekannt zu geben:

- Überparteiliche Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen

10.3.72 Motionen

38. Überparteiliche Motion für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der Revision der baurechtlichen Grundordnung und der Entwicklung der gemeindeeigenen Parzellen dem Grossen Gemeinderat eine Strategie/Vorlage für die Schaffung und Erhaltung von preisgünstigem und gemeinnützigem Wohnbau in Ostermundigen in verschiedenen Varianten zu erarbeiten.

Dabei müssen die soziodemographischen Rahmenbedingungen der verschiedenen Nachbarschaften (siehe Sotomo-Bericht) berücksichtigt werden. Insbesondere soll der Gemeinderat aufzeigen, wie Billigstwohnraum durch preisgünstigen Wohnungsbau ersetzt werden kann.

Ziel ist es, das in Zukunft genügend bezahlbaren Wohnraum für die Mittelschicht, für Pensionierte, für grosse Familien und für Menschen mit einem eher bescheidenen Einkommen zur Verfügung steht.

Folgende Punkte müssen in die Erarbeitung miteinbezogen werden:

- a. Neubauten: 20 - 40 % des neu entstehenden Wohnraumes auf dem gesamten Gemeindegebiet müssen gemeinnützig sein.
- b. Umbau/Sanierungen: Anreize müssen geschaffen werden, Liegenschaften energieeffizient zu sanieren und die Attraktivität des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus in geeigneter Weise zu erhöhen (z. B. Nutzungsbonus).
- c. Bei Verdichtungen und grösseren Umzonungen wird für den Wohnungsbau sichergestellt, dass mindestens 20 % der Wohnnutzung dem preisgünstigen Wohnungsbau unterstellt oder an gemeinnützige Wohnbauträger (Wohnbaugenossenschaften, Stiftungen und Vereine) abgegeben werden. Der Mietzins richtet sich dabei nach dem Prinzip der Kostenmiete und nicht nach demjenigen der Marktmiete.

Begründung

Die Bevölkerung in Ostermundigen wächst schon seit längerem und wird es auch in Zukunft tun.

Grosse, eher glamouröse Projekte (BäreTower, Plateau de Berne, Belano etc.) sind am Laufen. Auch mit O'mundo ist noch einiges in der Pipeline. Diese Bauprojekte sollen einerseits die Standortattraktivität erhöhen und andererseits zu einer besseren Wohnqualität beitragen und potenziell gute Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anlocken. Das stellt für Ostermundigen sicher einen wichtigen Mehrwert dar, ist aber nicht der einzige zu berücksichtigende Faktor. Denn auch die Mittelschicht, die Pensionierten, die grossen Familien und Menschen mit einem eher bescheidenen Einkommen müssen in die weitere Entwicklung des Wohnungsbaus in Ostermundigen miteingeschlossen werden.

eingereicht am 24. Juni 2021

sig. Myriam Zürcher (EVP), Silvia Fels (EVP), Martina Wagner (EVP), Kathrin Balmer (SP), Simone Schnider-Müller (SP), Thulani Thomann (SP), Kerstin Kistler (SP), Stefanie Dähler (SP), Emsale Selmani (SP), Niels Mahler (Grüne), Jorgo Ananiadis (Piraten), Matthias Kuert (SP), Priska Zeyer (SP), Colette Nova (SP)

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Die stv. Ratssekretärin:

Adrian Tanner

Brigitte Flück

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

i.V. Thulani Thomann

Markus Truog

Der Protokollschreiber:

Jürg Kumli

Präsentation zu Traktandum Nr. 32

„Überparteiliche Interpellation betreffend Mittel, die Ostermündigen aus der Sanierung und der Liquidation der Personalvorsorgestiftung der Einwohnergemeinden Bolligen-Ittigen-Ostermündigen (PVS BIO) zustehen; schriftlich Beantwortung“